

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 6 · 42. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 19.5.2011

Stimme abgeben

S. 3

Ein Stadtoberhaupt muss von mindestens der halben Wählerschaft getragen werden, meint die Landesregierung und will für das (Ober-)Bürgermeister- und Landratsamt die Stichwahl wieder einführen.

Geld ausgeben

S. 4-11

Der Landeshaushalt galt vielen als Hürde für die rot-grüne Minderheitsregierung. Nun hat sie diese genommen, der Etat für das Jahr 2011 ist nach langer, kontroverser Diskussion unter Dach und Fach.

Kinder bekommen

S. 13

NRW braucht Kinder, aber gerade Akademikerfamilien bleiben oft ohne Nachwuchs. Die CDU will früh ansetzen und das Studieren mit Kind erleichtern. Sachverständige bewerten die Vorschläge.

Bücher lesen

S. 18

Der Griff zum Buch ist in einer digitalen Welt keine Selbstverständlichkeit mehr. Welche Rahmenbedingungen brauchen Bibliotheken in einer modernen Gesellschaft? Der Kulturausschuss befragt Fachleute.

Haushalt 2011 Hürde genommen

Pflanzzeit

Wer ernten will, muss vorher säen. Daher hat der erste selbst gestaltete Haushalt einer neuen Landesregierung immer eine besondere Bedeutung. In ihm sollen die Dinge angelegt werden, die sie sich im Regierungsprogramm vorgenommen hat. Bereits hier entscheidet sich mit, ob sie selbst gesteckte Ziele später auch erreichen kann. Mit dem Haushalt 2011 stand Rot-Grün vor dieser Herausforderung, und zwar unter erschwerten Bedingungen, hatte doch der Verfassungsgerichtshof im März den Nachtragsetat für das Jahr 2010 gekippt und damit nochmals die verfassungsmäßig vorgeschriebene Regelung unterstrichen: Neue Schulden dürfen die Ausgaben für Investitionen nur unter bestimmten Bedingungen übersteigen. Was wiederum regierungsseitig gewünschten Spielräumen zum Beispiel bei Bildung, Wirtschaft, Umwelt, Arbeit und Sozialem enge Grenzen setzt – und natürlich auch bei den finanziellen Hilfen für Kommunen, die allzu oft ums finanzielle Überleben kämpfen.

GEMEINSAMES UND TRENNENDES

Bei diesem Punkt konnten sich die Oppositionsfraktionen von CDU und FDP ein gemeinsames Vorgehen mit der rot-grünen Koalition durchaus vorstellen. So klang es bei der zweiten Lesung des Haushalts am 13./14. April an. In anderen Politikfeldern fragten die beiden Fraktionen jedoch, ob neue Ausgaben wirklich notwendig seien oder wie das Land diese durch Einspa-

rungen an anderer Stelle gegenfinanzieren könne. Dabei verwiesen sie auf besagte Schuldengrenze. Für den aktuellen NRW-Haushalt bedeutet sie: Die Schulden dürften 3,9 Milliarden Euro nicht übersteigen. Die Linksfraktion warnte dagegen in den Haushaltsberatungen vor einem „Kaputtsparen“ des Staates und forderte noch mehr Mittel unter anderem für Soziales und Umweltschutz.

Dazwischen die Landesregierung, die aufgrund fehlender eigener Mehrheit um die Durchsetzung des Haushalts ringen musste. Hatte sie bei Einbringung des Etats noch eine Neuverschuldung von 7,8 Milliarden Euro geplant, lag diese nach Ergänzungsvorlage und parlamentarischer Beratung bei rund 4,8 Milliarden Euro. Und da die Regierung derzeit von sprudelnden Steuereinnahmen profitiert, muss auch dies am Ende des Jahres nicht das letzte Wort sein.

Wie auch immer: Die zweite Lesung des Landshaushalts gehört traditionell den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern. Sie debattieren die einzelnen Budgets für alle Ressorts. Daher greift Landtag Intern die Einzelplanberatungen auf und beleuchtet die Grundpositionen der einzelnen Fraktionen. Die dritte Lesung hingegen gilt als Generaldebatte zwischen den Spitzenakteurinnen und -akteuren der Landespolitik. Denn selbstverständlich werden Saat und angestrebte Ernte je nach politischer Farbe unterschiedlich bewertet. So gesehen ist eine Haushaltsdebatte auch ein Stück politische Pflanzenkunde. CW



Schwerpunkt: Haushalt 2011

Auf Heller und Pfennig	4
Der Haushalt steht	10

Inhalt

Aus dem Plenum:

Kommunales: Absolute Mehrheit notwendig	3
--	----------

Aus den Ausschüssen:

Hochschule: Familienfreundliches Studium	13
Meldungen	14
Kommunales: Städte stärken	15
Kultur: „Ein Schritt in die richtige Richtung“	18

Gesetzgebung	12
---------------------------	-----------

Aus den Fraktionen	16-17
---------------------------------	--------------

Portrait: Dr. Gerhard Papke (FDP)	19
--	-----------

Impressum	19
------------------------	-----------

Termine	20
----------------------	-----------

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Absolute Mehrheit notwendig

Bürgermeisteramt: Breite Zustimmung für Wiedereinführung der Stichwahl

13. April 2011 – In der letzten Legislaturperiode hat Schwarz-Gelb für die Wahl ins Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratsamt die Stichwahl abgeschafft. Wer in seiner Kommune die meisten Stimmen erhielt, war gewählt, auch wenn es nicht die (absolute) Mehrheit der Stimmen war. Die jetzige Landesregierung sieht darin mangelnde Legitimität und möchte die Stichwahl wieder einführen. Den entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 15/975) haben SPD, Grüne, FDP und Linke begrüßt; die CDU verteidigte dagegen die bestehende Regelung.

Ein Legitimitätsproblem oder Demokratiedefizit durch die derzeitige Regelung sah **Wiljo Wimmer** (CDU) nicht. Dies sei auch vom Verfassungsgerichtshof ausdrücklich so bestätigt worden. Im Gegenteil: Bei Stichwahlen liege die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang durch die Bank deutlich niedriger als im ersten. Dies lasse das Argument einer höheren Legitimität fragwürdig erscheinen. Auch die kommunalen Spitzenverbände hätten sich kritisch zur Wiedereinführung der Stichwahl geäußert. Diese würde zudem Kosten in Höhe von 4 bis 5 Millionen Euro für die Kommunen bedeuten, warnte der CDU-Sprecher und plädierte für eine erneute Prüfung von Alternativen.

Ohne Stichwahl gebe es keine eindeutigen Mehrheitsentscheidungen vor Ort, entgegnete **Michael Hübner** (SPD). Daher bedeute eine Stichwahl durchaus mehr Legitimation, was auch Sachverständige in der Anhörung bestätigt hätten. Die CDU sei möglicherweise aus parteitaktischen Überlegungen gegen dieses Verfahren, vermutete er. Die rot-grüne Landesregierung jedenfalls wolle die Demokratie vor Ort stärken, sowohl durch die Zusammenlegung von Wahlen als auch durch eine Abwahlmöglichkeit von Bürgermeisterinnen und

Bürgermeistern. Der SPD-Sprecher kündigte an, dass man sich ebenfalls mit den Themen Bürgerbegehren und Bürgerbescheid beschäftigen werde.

„Die Anhörung war eindeutig“, betonte auch **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Nahezu alle Sachverständigen hätten sich für die Wiedereinführung der Stichwahl ausgesprochen. Dass nunmehr allein die CDU-Fraktion nicht mitstimme, sei schade. Mit einem Mehr an Demokratie lasse sich die Ablehnung der Stichwahl jedenfalls schwerlich belegen. Das Amt der Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten sowohl in den Kreisen als auch in den Städten müsse in besonderer Weise geschützt werden und eine besondere Stellung haben. Stichwahlen bedeuteten klare, eindeutige Mehrheiten. Letztendlich sei diese Praxis auch in anderen Bundesländern Standard, erklärte der Grüne.

Oberbürgermeister- und Bürgermeisteramt bedeuteten vor Ort eine Schlüsselstellung, die unbedingt ausreichend zu legitimieren sei, unterstrich auch **Horst Engel** (FDP). Die Stichwahl habe man im Jahr 2007 insbesondere wegen der tendenziell niedrigeren Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang abgeschafft. Demgegenüber

hätten die Kommunalwahlen 2009 gezeigt, dass auch die Wahl mit relativer Mehrheit im ersten Wahlgang Nachteile bringe. So stelle sich die Frage, ob die Wahl eines Bürgermeisters mit nur 30 Prozent der Stimmen demokratisch legitimiert sei. Außerdem hätten viele kleinere Parteien erst gar keine Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt.

„Die Wiedereinführung der Stichwahl bedeutet für uns mehr Demokratie“, erklärte **Özlem Alev Demirel** (Linke). In den letzten vier Jahren hätten sich die Befürchtungen der Linken bestätigt. So seien bei der Kommunalwahl 2009 immerhin 103 Kandidatinnen und Kandidaten ohne absolute Mehrheit gewählt worden. Wenn nicht einmal eine Mehrheit derer, die abgestimmt hätten, hinter der Person für ein solches Amt stehe, dann sei dies weder ein gutes Verfahren noch gut für den Amtsinhaber. Außerdem führe die gegenwärtige Praxis möglicherweise zu taktischen Stimmabgaben. Die Stichwahl gebe den Wählerinnen, Wählern und Parteien mehr Handlungsmöglichkeiten.

„Der Gesetzentwurf findet eine breite parlamentarische Mehrheit“, zeigte sich **Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD) erfreut. Vier Landtagsfraktionen beabsichtigten, dem Entwurf zuzustimmen. Den von SPD, Grünen, FDP und Linken vortragenden Argumenten könne er zustimmen, erklärte der Minister. Es sei ein guter Weg, die Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten in den Städten, Kreisen und Gemeinden mit einer größeren demokratischen Legitimation auszustatten und das zu ermöglichen, was es fast überall in den Demokratien der Welt gebe, nämlich die Stichwahl. Deshalb freue er sich, dass das Parlament dem Vorschlag der Landesregierung folgen wolle. cw

Der Gesetzentwurf Drs. 15/975 wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, FDP und Linken gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Mit Handschlag bekräftigt ...

... hat der neue Landtagsabgeordnete **Holger Ellerbrock** (FDP) seine Verpflichtung gegenüber Landtagspräsident **Eckhard Uhlenberg**. Ellerbrock rückt für den ausgeschiedenen vormaligen FDP-Landeschef Prof. Dr. **Andreas Pinkwart** nach und war bereits während der vergangenen beiden Wahlperioden Landtagsabgeordneter. Foto: Schälte



Auf Heller und Pfennig

In der zweiten Lesung geht es um die Einzeletat der Ressorts

13./14. April 2011 – Die Landesregierung will in diesem Jahr so viel Geld ausgeben wie für ihren Ansatz einer präventiven Politik nötig sei, sieht sich aber auch zum Sparen gezwungen. Ursprünglich hatte sie (nach einer Korrektur) ein Budget von insgesamt etwa 55,8 Milliarden Euro und Neuschulden in Höhe von rund 7,1 Milliarden Euro geplant. Darüber hat der Landtag im März in erster Lesung diskutiert. Nach Beratungen in den Fachausschüssen sollen es nun noch rund 4,8 Milliarden Euro neue Schulden sein. Dies und die einzelnen Bausteine des Haushaltsentwurfs waren Gegenstand der zweiten Lesung. Die CDU forderte in einem Änderungsantrag weitere Einsparungen, unter anderem durch globale Minderausgaben in allen Ressorts. Wie ein roter Faden zieht sich daher durch die Fachdebatten die Frage von SPD und Grünen, wo denn genau gekürzt und Stellen gestrichen werden sollen. Die FDP pocht auf Konsolidierung, die Linke fordert höhere Ausgaben quer durch die Ressorts.

Bodo Löttgen (CDU), vorn am Rednerpult und Innenminister Ralf Jäger (SPD)
Foto: Schälte

Als zentral beschrieb **Matthi Bolte** (Grüne) die Mittel für die Kriminalitätsprävention. Außerdem solle NRW menschlicher und demokratischer werden, begründete der Grüne mehr Geld für die Flüchtlingspolitik. Des Weiteren solle rassistische Gewalt bekämpft werden.

Horst Engel (FDP) begrüßte die Einrichtung von acht zusätzlichen Stellen im Datenschutz und die Pläne gegen Jugendkriminalität, hielt letztere aber ebenso wie das Vorgehen gegen organisierte Kriminalität, etwa gegen die Mafia, für unzureichend.

Licht und Schatten sah **Anna Conrads** (Linke) im Etat. Auch sie lobte im Kern die Planungen bei Polizei, Datenschutz und Flüchtlingsarbeit, sah aber auch weitere Herausforderungen. Der Verfassungsschutz solle in der jetzigen Form abgeschafft werden.

Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) begrüßte die sachliche Debatte. Er lobte die Kriminalprävention als bundesweit neuen Weg, bestätigte dem FDP-Sprecher das Problem, dass Polizeikräfte zunehmend brutaler angegriffen würden und warb für deren Wertschätzung.

MINISTERPRÄSIDENTIN UND STAATSKANZLEI

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Es sei kaum Substanz festzustellen, bewertete **Bodo Löttgen** (CDU) den Entwurf des GFG mit Blick auf die Ankündigungen der Landesregierung, den Kommunen zu helfen. Auch bisher gesunde Kommunen drohten, in den Nothaushalt zu fallen. Löttgen appellierte an die Regierungsfractionen, durch ein gemeinsames Sondergesetz den Kommunen mit 650 Millionen Euro für Zins und Tilgung zu helfen.

Auch **Marc Herter** (SPD) trat für parteipolitische Zusammenarbeit ein. Das Angebot der CDU wertete er allerdings als „vergiftet“: Der Vorschlag zielen darauf ab, reiche und arme Kommunen gegeneinander auszuspielen. Ein Gesetz zur Konsolidierung der Kommunen solle man gemeinsam angehen, appellierte Herter. Dieses Ziel sei aber nur bei stärkerer Beteiligung des Bundes zu erreichen.

In die gleiche Richtung argumentierte auch **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Die „dramatische“ Finanznot der Städte und Gemeinden könne nicht durch das Land alleine, sondern nur unter stärkerer Beteiligung des Bundes gelöst werden. Bei der Anerkennung der Problemlage sei die CDU eigentlich auf dem richtigen Weg, plädierte auch Mostofizadeh für ein fraktionsübergreifendes Vorgehen.

„Wir liegen nicht weit auseinander“, konstatierte **Horst Engel** (FDP). Alle müssten konsolidieren – auch die Kommunen. Diese schwebten bei den Kassenkrediten angesichts möglicherweise steigender Zinsen allerdings in der Zinsfalle. Ein Teil dieser Kredite werde nur dann verlängert,

wenn die NRW-Bank dafür bürgte. Engel forderte eine umfassende Reform des Finanzausgleichs im Jahr 2012.

Deutlich höhere Ausgaben für die Städte und Gemeinden verlangte **Rüdiger Sagel** (Linke). Man dürfe das Land nicht kaputtsparen. Notwendig sei, stärker in soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu investieren. SPD und Grüne seien hier „angstgesteuert“, kritisierte der Linken-Sprecher. Um die Haushalte zu sanieren, sei eine stärkere Belastung großer Vermögen erforderlich.

„Wir sitzen alle in einem Boot“, analysierte Innenminister **Ralf Jäger** (SPD). Er sah das kommunale Finanzsystem in seiner Leistungsfähigkeit bedroht. Dieser dramatischen Entwicklung müsse man entgegentreten, denn das Vertrauen der Banken in die Kommunen werde zunehmend in Frage gestellt. Dies resultiere allerdings auch aus dem Scherbenhaufen, den die Vorgängerregierung hinterlassen habe.

INNERES UND KOMMUNALES

Der CDU-Abgeordnete **Theo Kruse** vermisste Engagement bei der Entbürokratisierung und sah viele innenpolitische Fragen unbeantwortet. Die Kriminalität werde zunehmen, fürchtete er, weil die Landesregierung sich aus der Verantwortung stehle.

Thomas Stotko (SPD) wandte sich gegen pauschale Kürzungen, die nicht ohne Stellenstreichungen möglich seien. Wohin zu wenig Personal führe, habe etwa der Fall Envio gezeigt. Stotko lobte beispielsweise 123 geplante neue Stellen bei der Polizei.

In der Staatskanzlei gebe es weder Kompetenz noch Können, urteilte **Armin Laschet** (CDU). Als Beispiele nannte er unter anderem den Nachtragshaushalt sowie die „Schulpolitik per Schulversuch“, die beide per Gerichtsurteil gestoppt worden seien.

Der rot-grüne Regierungsstil sei von „Nähe zu den Menschen“ gekennzeichnet, so **Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD). Außerdem sei im Gegensatz zur Regierung Rüttgers die Zahl der Stellen stabil geblieben, und die Personalausgaben gingen leicht zurück.

Die Ministerpräsidentin wähle für ihre Veranstaltungen eine andere Art als ihr Vorgänger, erklärte **Reiner Priggen** (Grüne). Sie treffe Menschen in deren Lebensrealität. In diesem Bereich hätten CDU, FDP und Linke gemeinsam Kürzungen beschlossen, kritisierte er.

Ob die jetzt als Regierungsaufgabe deklarierten „Tatkraft-Tage“ die Fortsetzung der gleichnamigen früheren Parteiveranstaltungen seien, fragte **Ralf Witzel** (FDP). Anscheinend dienten sie eher Vermarktungszwecken, verwies er auf dazu angebotene Pressefotos.

Die notwendige Trennung der Ämter als Ministerpräsidentin und SPD-Vorsitzenden werde in der „Tatkraft-Tour“ verwischt, bemängelte auch **Ralf Michalowsky** (Linke). Ebenso wandte er sich gegen eine Reihe anderer Veranstaltungen „mit eindeutigen SPD-Bezug“.

Es handele sich um ein neues Konzept unter bekanntem Namen, verteidigte **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** die „Tatkraft-Tage“. Anders als beim früheren „Rüttgers Club“ stünden diese Veranstaltungen für eine bürgernahe Politik.



Ilka von Boeselager (CDU)

Markus Töns (SPD)

Stefan Engstfeld (Grüne)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

LANDESPLANUNG

„Wer betreibt zurzeit Landesplanung?“, fragte **Josef Hovenjürgen** (CDU) nach den Zuständigkeiten. Offensichtlich wisse die Landesregierung noch nicht, wohin sie wolle.

In der Landesplanung habe man unerledigte Vorhaben und verlorene Prozesse vorgefunden, so **Thomas Eiskirch** (SPD). Er verwies unter anderem auf das Kraftwerksprojekt Datteln.

Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogrammgesetz zusammenzuführen, war für **Daniela Schneckenburger** (Grüne) wichtig, auch um zukünftige Energiepolitik abzusichern.

Für **Holger Ellerbrock** (FDP) hatten die Fragen der Energiepolitik in der Landesplanung ebenfalls besonderen Stellenwert. So müsse man Trassen für Leitungen großzügig freihalten.

Rüdiger Sagel (Linke) forderte in der Landesplanung mehr Bürgerinformation, Bürgerbeteiligung und Transparenz. Bisher gebe es hier bei SPD und Grünen nur „zarte Ansätze“.

Zentrales Projekt sei der neue Landesentwicklungsplan, so **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren**. Er solle nachhaltige Raumentwicklung fördern.

EUROPA UND EINE WELT

Aus Sicht von **Ilka von Boeselager** (CDU) setzt die Landesregierung in der Europa- und Eine-Welt-Politik Mittel nicht effizient ein. „Sie investieren in Strukturen und nicht in Substanz. Sie verplanen Geld für Netzwerke und Kanäle anstatt für Ideen und Initiativen.“

„Der Haushaltsentwurf in den Bereichen Europa und Eine Welt zeigt die Bedeutung, die diesen Querschnittsfeldern zukommt“, entgegnete **Markus Töns** (SPD). Es sei wichtig, die Europafähigkeit des Landes und auch der Kommunen in NRW weiter zu stärken.

Stefan Engstfeld (Grüne) hielt das vorgesehene Plus von 600.000 Euro für die internationale und Eine-Welt-Politik für einen „vollen Erfolg“. NRW werde „seiner Internationalität, seiner europäischen und globalen Verantwortung in vollem Umfang gerecht“.

Es sei schändlich, so **Dr. Ingo Wolf** (FDP), dass die Landesregierung im vorgelegten Haushaltsentwurf finanzielle Verschiebungen zulasten des Bereichs Europa vornehme. „Hier gehört das

Geld hin und nicht in den Bereich Eine Welt“, kritisierte der Liberale.

Bärbel Beuermann (Linke) sah die Landesregierung auf gutem Weg, das Werben für die Völkerverständigung gerade auf kommunaler Ebene zu unterstützen und zu stärken. Eine Fortsetzung und Vertiefung des europäischen Engagements sei unabdingbar.

Die Landesregierung verfolge den Anspruch, Europapolitik aktiv zu gestalten und das Europabewusstsein auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu steigern, erklärte **Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Dies schlage sich im Haushaltsentwurf 2011 nieder.

MEDIEN

Andrea Verpoorten (CDU) beanstandete, die Regierung sehe Mittel für einen Medienkompetenzführerschein vor, ohne zu wissen, wie dieser inhaltlich ausgestaltet werden solle.

„Wir wollen Unternehmen stärken und die Menschen fit machen, die Chancen der Medien positiv zu nutzen.“ Dies betreffe die Medienkompetenz gerade von Kindern, meinte **Alexander Vogt** (SPD).

Oliver Keymis (Grüne) betonte, die medienpolitische Stärke bestehe nicht in der Summe des Geldes, sondern darin, wie stark sich Regierung und Fraktionen um das Thema Medien kümmern.

Von der rot-grünen Landesregierung forderte **Ralf Witzel** (FDP) neue Konzepte, um gemeinsam darüber diskutieren zu können, wie der Medienstandort NRW in Zukunft aussehen solle.

Ralf Michalowsky (Linke) schlug vor, Fördermittel des Landes bereitzustellen, um beispielsweise die Existenz von Kinos zu sichern und diese bei der Digitalisierung zu unterstützen.

Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) forderte, das kreative Potenzial NRW auch weiterhin zu fördern. Daher solle der Ansatz um 430.000 Euro angehoben werden.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Die CDU trage Maßnahmen für die Weiterbildung und die Inklusion mit, erklärte **Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg**. Dagegen kritisierte er einen „Flatrate-Etat“ für das Landesinstitut für Bildung und zu hohe Summen für den Modellversuch Gemeinschaftsschule.

„Wir werden auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht an der Bildung sparen“, sagte **Sören Link** (SPD). Weniger Geld wolle man für Werbemaßnahmen ausgeben, dafür mehr für die Friedenserziehung, für Inklusion und längeres gemeinsames Lernen.

„Wir wollen Verlässlichkeit in der Schulpolitik über eine Legislaturperiode hinaus“, bekräftigte **Sigrid Beer** (Grüne). Sie wünschte sich einen breit angelegten Bildungskonsens und lobte in diesem Zusammenhang die überparteiliche Bildungskonferenz.

Für **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) hat der Schuletat Schlagseite. Sie kritisierte das Landesinstitut, die schulische Beteiligung von Friedensaktivisten und den Modellversuch Gemeinschaftsschule als „rot-grüne Spielwiesen“ trotz fehlenden Geldes.

Gunhild Böth (Linke) verteidigte das Landesinstitut für Schule als deutschland-, europa- und weltweit renommiert. Für politische Vorhaben müsse man eben Geld in die Hand nehmen. Dies gelte auch für die Förderung von Kindern mit ausländischen Wurzeln.

Als Ziele des Haushalts beschrieb **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne), die Ganztagschule zu fördern, die Sonderpädagogik zu verbessern, die Inklusion auszuweiten, in puncto Gemeinschaftsschulen ausreichend zu beraten und Schulleitungen zu entlasten.

INNOVATION, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

„Diese Landesregierung hat keine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen sichergestellt“, meinte **Dr. Michael Brinkmeier** (CDU). Sie habe die Studienbeiträge abgeschafft, kompensiere den Wegfall aber nur unzureichend und auch noch schuldenfinanziert.

Ziel des 6,2-Milliarden-Euro-Plans sei es, mehr Menschen fürs Studium zu begeistern und dem Fachkräftemangel vorzubeugen, sagte **Karl Schultheis** (SPD). Dazu trage der Gebührenewegfall bei. Investitionen in Wissenschaft und Bildung rentierten sich für Land und Menschen.

„Diese Mittel leisten einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land“, freute sich **Dr. Ruth Seidl** (Grüne) über rund sechs Prozent mehr Geld im Einzelplan. Rot-Grün habe dabei den doppelten Abiturjahrgang genauso berücksichtigt wie die Aussetzung der Wehrpflicht.

„Sie nehmen Geld weg, das im System ist, und kompensieren es mit neuem Geld, und dann auch noch zu wenig“, befand **Marcel Hafke** (FDP). Rot-Grün habe nicht dargelegt, wie sie das Gebühren-Aus finanzieren wolle. Auch vermisse er eigene Technologie-Projekte seitens der Regierung.

Die mangelhafte Kompensation provozie-re prekäre Jobverhältnisse an Hochschulen, befürchtete **Gunhild Böth** (Linke). Als weiteres Grundproblem beschrieb sie das Hochschulfreiheitsgesetz: Es gehe nicht an, dass staatliche Einrichtungen finanziell machen könnten, was sie wollten.

„Fehlende Bildungschancen und schlechte Bildungsbedingungen vermindern das Wirtschaftswachstum“, begründete **Wissenschafts-**

VERBRAUCHERSCHUTZ

Statt für Verlässlichkeit, Vertrauen und seriöse Information Sorge er für Verunsicherung, warf **Rainer Deppe** (CDU) dem Minister vor.

Man müsse die Arbeit der Verbraucherzentrale sowie der Schuldner- und Insolvenzberatung weiter stärken, betonte **Cornelia Ruhkemper** (SPD).

Verbraucherschutz sichere den Konsumentinnen und Konsumenten die notwendige Teilhabe am Wirtschaftsleben auf Augenhöhe, erklärte **Hans Christian Markert** (Grüne).

Der Beschluss über die Finanzierung der Verbraucherszentralen sei im Landtag einstimmig gefasst worden, unterstrich **Kai Abruszat** (FDP).

wirtschaft stärker gefördert werden, so **Hamide Akbayir** (Linke).

Für eine konzertierte Aktion für den Flächenschutz warb **Landwirtschaftsminister Johannes Remmel** (Grüne). Einen Aufstand im Bauernland gegen seine Politik gebe es jedenfalls nicht.

KLIMASCHUTZ

Die Energiewende in Deutschland koste rund 1,5 Billionen Euro, so **Gregor Golland** (CDU). Und sie bedeute vor allem besonders viele neue Energieleitungen.

Klimaschutz sei Motor für Innovation, Wandel und Arbeitsplätze, beschrieb **André Stinka**



nisterin **Svenja Schulze** (SPD) die 6,2 Milliarden-Investition. Diese beinhalte unter anderem ausgeweitete Studienangebote und eine bessere Geschlechtergleichstellung.

UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Umwelt, Klima- und Verbraucherschutz hätten die höchste Steigerungsrate. Minister Remmel sei damit der „Schuldenkaiser“ der Landesregierung, meinte **Rainer Deppe** (CDU).

Es wären wohl noch ein paar Euro mehr notwendig gewesen, um zu zeigen, wie Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert eigentlich aussehe, entgegnete **André Stinka** (SPD).

Fit gemacht werden für die Zukunft müsse NRW über eine Umgestaltung der Industriegesellschaft, orientiert an einem Kompass der Nachhaltigkeit, so **Hans-Christian Markert** (Grüne).

Er sehe nicht, wie die Landesregierung die Gegensätze von Landschafts- wie auch Artenschutz und Flächenverbrauch miteinander versöhnen wolle, meinte **Kai Abruszat** (FDP).

Gegen Gentechnik bei Lebensmitteln sowie gegen Kohle und Gas wandte sich **Hamide Akbayir** (Linke) und forderte stattdessen, auf 100 Prozent erneuerbare Energie umzusteuern.

Klimaschutz, die Erhaltung der Artenvielfalt und der Umgang mit immer knapperen Rohstoffen seien die „Jahrhundertherausforderung“, so **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne).

Gerade Menschen mit geringem Einkommen brauchten eine noch bessere und effizientere Lebensmittelkontrolle, forderte **Hamide Akbayir** (Linke).

Aufgrund neuer Produkte und Verfahren sei beim Verbraucherschutz ständige Innovation gefragt, betonte **Verbraucherschutzminister Johannes Remmel** (Grüne).

LANDWIRTSCHAFT

Der Landwirtschaftsminister betreibe eine Diskriminierung der Landwirte in NRW, die nach den weltweit höchsten Umweltstandards arbeiteten, so **Christina Schulze-Föcking** (CDU).

„Wir wollen, dass sich die Leute wieder stärker mit der Landwirtschaft vor Ort identifizieren können“, wandte sich **Frank Sundermann** (SPD) gegen einen Ausbau von Großbetrieben.

Statt Exportförderung und Weltmarktorientierung brauche man regionale Märkte, regionale Wertschöpfungsketten und eine bäuerliche Landwirtschaft, betonte **Norwich Rübe** (Grüne).

„Unsere Landwirte brauchen keine Politiker, die ihnen Vorschriften machen, wie sie zu arbeiten haben“, forderte **Kai Abruszat** (FDP) mehr Vertrauen in Landwirtschaft und Konsumentenverhalten.

Bei nur 62.880 Hektar Ökofläche habe NRW einen großen Nachholbedarf, daher müsse die regionale und ökologische Land-

(SPD), dass so der Strukturwandel im ländlichen Raum gemeistert werde.

Wenn die Klimakatastrophe nicht jetzt bekämpft werde, werde bald ein massiver volkswirtschaftlicher Schaden spürbar, meinte **Wibke Brems** (Grüne).

Hochmoderne Kohlekraftwerke seien Klimaschutz mit Augenmaß, warnte **Kai Abruszat** (FDP) vor einem „Deindustrialisierungsgesetz“ der rot-grünen Landesregierung.

Beim Klimaschutz dürfe nicht mehr gekleckert, es müsse geklotzt werden, forderte **Michael Aggelidis** (Linke) einen „radikalen“ Umbau der Industriegesellschaft.

Es gehe um die Reindustrialisierung von NRW, und die Leitentscheidung dabei heiße „Klimaschutz als Treiber“, erklärte **Klimaschutzminister Johannes Remmel** (Grüne).

JUSTIZ

SPD und Grüne hätten jahrelang mehr Justizpersonal gefordert, sagte **Harald Giebels** (CDU). Davon höre er nun kaum noch etwas. Zudem müsse NRW nicht nur gegen Rechts-, sondern auch gegen Linksextremismus vorgehen.

Eine leistungsstarke und moderne Justiz, ein sicherer und humanerer Strafvollzug sowie mehr Prävention seien die Ziele von Rot-Grün, so **Sven Wolf** (SPD). Hierzu zähle etwa der Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse.

Die von der CDU geforderten Einsparungen seien in der Justiz nicht möglich, betonte **Dagmar Hanses** (Grüne). 60 Prozent der Ausgaben entfielen allein aufs Personal. Zusätzlich enthalte der Einzelplan auch 400 notwendige neue Stellen.

Anstatt zu gestalten, verwalte Rot-Grün lediglich, kritisierte **Dr. Robert Orth** (FDP): „Was haben Sie von der neuen Landesregierung eigentlich für neue Überlegungen umgesetzt?“ Eigene Ansätze seien nicht erkennbar.

Anna Conrads (Linke) lobte das Mehr an psychologischer und sozialer Betreuung in den JVA. Gleichzeitig rügte sie Rot-Grün dafür, sich nicht auf Linken-Anträge im Bereich der Justiz eingelassen zu haben.

Effektiv Recht sprechen, zügig vollstrecken, Rechtsfrieden sichern und Gerechtigkeit durch-

„Nordrhein-Westfalen verliert den Anschluss an die Wachstumsdynamik in Deutschland“, befürchtete **Michael Aggelidis** (Linke). Das Land müsse stärker in die regionale Wirtschaftsstruktur investieren. Stattdessen konsolidiere Rot-Grün den Haushalt.

Zwar gehe es der NRW-Wirtschaft gut. Doch „die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung bleiben unverändert hoch“, betonte **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Wichtig seien staatliche Wachstumsimpulse, wie sie der Haushalt vorsehe.

ENERGIE

„Klimaschutz ist wichtig, aber Klimaschutz steht nicht über allem“, betonte **Lutz Lienenkämper** (CDU).

Er bemängelte unter anderem die gekürzte Wohnraumförderung.

Die hohe Eigenheimförderung unter Rüttgers sei unverantwortbar gewesen, entgegnete **Jochen Ott** (SPD). „Sie haben damit dem sozialen Wohnungsbau in diesem Land einen Bärendienst erwiesen.“

„Unser Interesse ist es, für die Zukunft Vorsorge zu treffen“, erklärte **Daniela Schneckenburger** (Grüne). Beispiele seien Investitionen in barrierefreien und günstigen Wohnraum.

Christof Rasche (FDP) lobte die neue Enquete-Kommission, kritisierte aber die Koalition, da diese die Wohnraumförderung plündern und ein Feindbild „Private Investoren“ aufbaue.

NRW brauche eine starke Wohnraumförderung, meinte **Özlem Alev Demirel** (Linke). Anderen-



setzen: „Hierfür schaffen wir mit dem Haushalt 2011 die Voraussetzungen“, betonte **Justizminister Thomas Kutschaty** (SPD).

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

„Das Wirtschaftsressort ist gefleddert und nur noch ein Schatten seiner selbst“, meinte **Hendrik Wüst** (CDU). Kies-Euro, Wasserentnahmeentgelt, Bettensteuer und höhere Gewerbesteuer: Mit diesen „Grausamkeiten“ belaste Rot-Grün die Wirtschaft.

„Der Wirtschaftsminister hat die Lehren aus der Krise gezogen“, lobte **Thomas Eiskirch** (SPD). Mit gezielten Impulsen bekämpfe der Haushalt Risiken für die konjunkturelle Entwicklung. Zudem bestehe trotz guter Konjunktur immer noch eine Produktionslücke.

Die erneuerbaren Energien müssten zum ökologischen und wirtschaftlichen Zukunftsmotor werden, sagte **Daniela Schneckenburger** (Grüne). Dazu brauche das Land zusätzliche Fachkräfte. „Es geht darum, aus Umwelt und Wirtschaft ein Win-Win-Team zu machen.“

„Sorgen Sie dafür, dass die Landesregierung nicht noch weiter den Mittelstand malträtiert“, forderte **Dietmar Brockes** (FDP) den Wirtschaftsminister auf. Das Vertrauen der Unternehmen in die Landespolitik sei erschüttert, neue rot-grüne Akzente fehlten.

Der Regierungsentwurf zum Klimaschutzgesetz gefährde den Industrie- und Energiestandort NRW.

NRW müsse zeigen, dass Ökologie und Industriegesellschaft keine Gegensätze seien, erklärte **Dietmar Bell** (SPD). Mit dem rot-grünen Konzept werde man wieder eine Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien übernehmen.

„Die erneuerbaren Energien liefern die Lösungen für die Energieversorgung der Zukunft“, meinte **Wibke Brems** (Grüne). Wirtschaftskraft und Jobs seien nur sicher, wenn das Land jetzt in den Klimaschutz investiere.

Das Umweltressort bestimme die Energiepolitik in NRW, beanstandete **Dietmar Brockes** (FDP). Die Regierung müsse endlich erklären, wie sie den Umstieg auf mehr erneuerbare Energien finanzieren wolle.

„Der sofortige Ausstieg ist möglich“, sagte **Michael Aggelidis** (Linke). Zwar könne das Aus für Atom- und Kohlestrom kurzfristig Wachstum kosten und Energiepreise anheizen, dies sei jedoch lösbar.

Netze ausbauen und Akzeptanz hierfür schaffen: „Es geht darum, die Strukturen auf dem schnellstmöglichen Weg hin zu erneuerbaren Energien umzustellen“, so **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD).

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Der Einzelplan dokumentiere die Fehlerhaftigkeit der rot-grünen Politik, sagte **Bernhard Schem-**

falls befürchte sie erheblich steigende Mieten und einen verschärften Investitionsstau.

Der Einzelplan setze wichtige Impulse für Land, Kommunen und Menschen, sagte **Bauminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Auch die Wohnraumförderung sei bedarfs- und nachfragegerecht.

VERKEHR

„Sie können es nicht“, warf **Olaf Lehne** (CDU) der Landesregierung vor. Sie reduziere die Mittel für den Straßenneubau, und auch die zusätzlichen Sanierungsgelder seien zu gering.

Es sei dringend notwendig, gemeinsam den „Mobilitätsinfarkt“ zu stoppen, so **Jochen Ott** (SPD). Rot-Grün investiere dazu in Straßenherhalt statt Neubau und in ein Sozialticket im ÖPNV.

Die CDU setze lediglich auf Autos und Straßen, kritisierte **Arndt Klocke** (Grüne). Rot-Grün wolle den Menschen stärker ermöglichen, auf Alternativen wie Rad und Bahn umzusteigen.

Ob Schiene, Luft oder Wasser: Bei allen Verkehrsträgern sei unter Rot-Grün bisher nicht viel passiert, urteilte **Christof Rasche** (FDP). Beim Straßenneubau würden gar Mittel reduziert.

Zu einer sozialen Verkehrspolitik gehöre bezahlbare Mobilität für alle, betonte **Bärbel Beuermann** (Linke). Allerdings sei das rot-grüne Sozialticket eine Flickschusterei.



Monika Brunert-Jetter (CDU)

Andreas Bialas (SPD)

Oliver Keymis (Grüne)

Angela Freimuth (FDP)

Ralf Michalowsky (Linke)

So viele Menschen wie möglich müssten mobil sein können, sagte **Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Rot-Grün investiere deshalb verstärkt in den ÖPNV, Radwege und den Straßenerhalt.

FAMILIE, KINDER UND JUGEND

„Schuldenmachen geht generationenpolitisch völlig am Ziel vorbei“, betonte **Ursula Doppmeier** (CDU). Bei der Kindertagesbetreuung opfere die Landesregierung zudem mögliche Qualitätsverbesserungen einem beitragsfreien dritten Kindergartenjahr.

Dagegen bewertete **Wolfgang Jörg** (SPD) den Etat als großartigen Aufschlag für einen Paradigmenwechsel hin zu einer vorausschauenden Politik. Der demographische Wandel lasse keine Zeit: Man müsse sowohl in Qualität als auch in die Beitragsfreiheit investieren.

Auch **Andrea Asch** (Grüne) sah in dem Teilbereich des Haushalts einen Quantensprung in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik. Familien würden mehr unterstützt und entlastet, die Kleinkindbetreuung verbessert und ausgebaut, die Jugendarbeit gestärkt.

Marcel Hafke (FDP) vermisste angesichts knapper Kassen eine vernünftige Prioritätensetzung. Bei der Kinderbetreuung sprach er sich dafür aus, anstelle in die noch unzureichend präziserte Beitragsfreiheit lieber in Qualität zu investieren.

Dr. Carolin Butterwege (Linke) begrüßte richtige Ansätze, erwartete aber deutliche Nachbesserungen. Rot-Grün drohe am selbstgesteckten Ziel einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung zu scheitern, sagte sie und forderte eine Investitionsoffensive.

Viel Hysterie in der Debatte erkannte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Sie beklagte eine dramatisch hohe Kinderarmutsrate in NRW. Deshalb wolle man einen radikal anderen Weg einschlagen und die Zukunft der Kinder und Familien nicht kaputtsparen.

KULTUR

„Wo bleibt hier die Kultur?“, fragte **Monika Brunert-Jetter** (CDU) mit Blick auf den Haushaltsentwurf. De facto werde der Kulturhaushalt um 2,3 Millionen Euro gekürzt.

„Die Landesregierung steht für Verlässlichkeit in der Finanzierung der Kultur“, sagte dagegen **Andreas Bialas** (SPD). So viel Geld für Kultur habe es noch nie gegeben.

In NRW gebe es ein breites Kulturangebot, die Menschen seien kulturell aktiv, so **Oliver Keymis** (Grüne). Die Politik Sorge für entsprechende Rahmenbedingungen.

Angela Freimuth (FDP) forderte, Gelder für konkrete Maßnahmen zur kulturellen Bildung auszugeben, jedoch nicht allgemeine Mittel in den Haushalt einzustellen.

„Kürzungen gibt es de facto nicht“, meinte **Ralf Michalowsky** (Linke). „Aber kann es das Ziel der Kulturpolitik sein, sich mit einer Mangelverwaltung zufriedenzugeben?“

Kunst und Kultur würden der Gesellschaft enorme Impulse geben, so **Kulturministerin Ute Schäfer** (SPD). Daher solle die Kulturförderung in allen Sparten erhalten bleiben.

SPORT

„Dieser Sporthaushalt ist ein Dokument des Stillstands“, so **Holger Müller** (CDU). Der Entwurf enthalte große Worte, doch die Regierung sei „nicht vom Fleck gekommen“.

In diesem Haushalt, so erklärte **Wolfgang Roth** (SPD), materialisiere sich, was die Landesregierung im „Pakt für den Sport“ mit den Sportorganisationen erarbeitet habe.

„Rot-Grün zeigt, dass es möglich ist, auch ohne große Erhöhungen im Sportetat ein verlässlicher Partner des Sports zu sein“, lautete **Josefine Pauls** (Grüne) Fazit.

Dr. Ingo Wolf (FDP) kritisierte unter anderem die Absenkung der Mittel für den Neu- und Ausbau von überregional bedeutsamen Sportstätten um 1,9 Millionen Euro.

Ralf Michalowsky (Linke) fragte sich, „ob der Anteil des Landes und der Stadt Dortmund am entstehenden DFB-Museum tatsächlich so hoch sein muss“.

Es sei „sehr wichtig, die Sportförderung auf einem hohen Niveau abzusichern“, betonte **Sportministerin Ute Schäfer**. Dies sei der Regierung gelungen.

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Die Landesregierung stelle sich nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes, dem Fach-

kräftemangel einerseits und der steigenden Zahl von Geringqualifizierten andererseits, meinte **Peter Preuß** (CDU).

Bei der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik wie auch beim sozialen Arbeitsmarkt habe die neue Landesregierung Kürzungen zurückgenommen und neue Akzente gesetzt, betonte **Rainer Bischoff** (SPD).

Die neue Handschrift sei, zum Beispiel Arbeitslosen, alleinerziehenden Frauen, Migranten, Flüchtlingen und Behinderten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, so **Martina Maaßen** (Grüne).

Die Landesregierung orientiere sich an der Vergangenheit, der Ruf nach dem „Normalarbeitsverhältnis“ verkenne die Wirklichkeit. Wichtig seien differenziertere Ansätze, meinte **Marcel Hafke** (FDP).

Die Rückkehr zur Zeit vor der schwarz-gelben Regierung könne er nur begrüßen, lobte **Wolfgang Zimmermann** (Linke): „Wir wollen Arbeit wieder aufwerten.“ Die Ein-Euro-Jobs müssten abgeschafft werden.

Die Arbeitsmarktpolitik in NRW sei in guten Händen, so **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD). Er kritisierte dagegen die Kürzung von 1,3 Milliarden Euro in der Arbeitsförderung durch die Bundesregierung.

INTEGRATION

„Der Integrationsbereich wird mehr oder minder nebenbei verwaltet“, bedauerte **Michael Solf** (CDU). Der Bereich sei unter Rot-Grün „ein Anhängsel von Arbeit und Soziales“.

„Wir sind mit dem Haushaltsansatz auf einem guten Weg“, sagte **Bernhard von Grünberg** (SPD). Das politisch bislang Erreichte könne gehalten und ausgebaut werden.

„Integration kann man nicht für Geld kaufen“, betonte **Arif Ünal** (Grüne). „Es geht um das Gefühl dazuzugehören.“ Daher handele es sich um einen relativ kleinen Etat von rund 18 Millionen Euro.

Marcel Hafke (FDP) bemängelte, dass die Regierung Mittel für einen neuen Bürgerservice einplane. „Warum investieren Sie diese Mittel nicht in schon etablierte Institutionen?“

„Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben“, erklärte **Ali Atalan** (Linke). Das Land müsse investieren und könne „nicht einfach auf Zuständigkeit des Bundes verweisen“.

Integrationsminister **Guntram Schneider** (SPD) erklärte, der Entwurf verspreche, Anfang 2012 ein Teilhabe- und Integrationsgesetz in Kraft setzen zu können.

SOZIALES

Im Sozialhaushalt habe Rot-Grün keine nennenswerten Akzente gesetzt, nicht einmal eigene Zielvorstellungen umsetzen können, urteilte **Norbert Post** (CDU). Vieles Übrige bleibe zu vage.

Zentrale Vorhaben im Sozialbereich seien die – möglichst gemeinsame – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und eine Grundversicherung für Kinder, so **Michael Scheffler** (SPD).

Andrea Asch (Grüne) forderte echte Inklusion: Das bedeute, dass alle dazugehörten. Bei der Armutsbekämpfung würden künftig mehr Kinder berücksichtigt, erklärte sie.

Beim Thema Kinderarmut erhoffte sich **Marcel Hafke** (FDP) den Verzicht auf parteipolitische Reflexe. Auf den angekündigten Inklusionsplan könne man gespannt sein.

„Ihr Sozialetat ist eine Atempause gegen den rasanten Sozialabbau“ der letzten Jahre, meinte **Dr. Carolin Butterwegge** (Linke). Sie vermisse aber mehr Einsatz gegen Armut.

Die Bekämpfung der Kinderarmut erfordere komplexe Maßnahmen, erklärte **Sozialminister Guntram Schneider** (SPD). Zudem wolle man die Behindertenpolitik in die Inklusion überführen.

GESUNDHEIT, PFLEGE UND ALTER

Hubert Kleff (CDU) beklagte vor allem Versäumnisse in der Gesundheits- und Generationenpolitik und nannte dazu die Themen Krankenhausrahmenplan, Nichtraucherschutz, Organspende und demographische Entwicklung.

Zwar könne man nicht ruckartig das Ruder herumreißen, aber einen Politikwechsel beginnen, sagte **Angela Lück** (SPD). So stünden der Ärztemangel auf dem Land und eine Stärkung der Pflege auf dem Programm.

Arif Ünal (Grüne) ergänzte dies um die Ziele einer ortsnahen Versorgung, der Vorbeugung und Suchthilfe, eines geschlechtersensiblen Gesundheitswesens und neuer Wohn- und Pflegeformen.

Marcel Hafke (FDP) bemängelte „ideologische Aktivitäten“ und Ausgaben etwa gegen den Ärztemangel im ländlichen Raum sowie für Modellprojekte zur besseren Patientenorientierung im Krankenhaus.

Es handele sich um eine Fortsetzung der alten Politik, allerdings mit leichtem sozialen Anstrich, urteilte **Wolfgang Zimmermann** (Linke). Er forderte unter anderem eine bedarfsbezogene Krankenhauspolitik.

„Wir sind viel weiter, als Sie meinen“, antwortete **Gesundheitsministerin Barbara Steffens** (Grüne) CDU und FDP. Das Wohn- und Teilhabegesetz etwa behindere neue Wohnformen, weswegen es überarbeitet werde.

EMANZIPATION

Andrea Milz (CDU) fand im Haushaltsentwurf einen „Beweis dafür, wie man Wahlgeschenke auf Pump und auf Kosten der nachwachsenden Generationen finanzieren will“.

Dagegen erklärte **Gerda Kieninger** (SPD), der Entwurf sei ein guter Haushalt für die Geschlechtergerechtigkeit in NRW und stelle die Weichen wieder in die richtige Richtung.

Auch **Verena Schäffer** (Grüne) lobte den „Schritt in Richtung zukunftsweisender Gleichstellungspolitik“, etwa mit Blick auf die finanzierten Kompetenzzentren „Frau und Beruf“.

Angela Freimuth (FDP) fand, die politischen Ansätze im Haushalt seien überholt. Es gebe zahlreiche eigene Initiativen von Unternehmen zur Stärkung der Frauen im Beruf.

Nicht zufrieden zeigte sich **Hamide Akbayir** (Linke). Es fehle nach wie vor an Geld und Personal, um nötige Maßnahmen den Anforderungen entsprechend zu organisieren.

Emanzipationsministerin Barbara Steffens (Grüne) erklärte, Rot-Grün habe Wort gehalten und die zuvor von der CDU/FDP-Regierung gekürzten Mittel wieder in den Haushalt eingestellt.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

Die CDU stimme der Einstellung von mehr Betriebsprüfern zu, verlange aber, dass diese

durch Einsparungen gegenfinanziert werde, meinte **Bernd Krückel** (CDU). Die Landesregierung müsse endlich anfangen, mit Augenmaß zu sparen, um so einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen.

Mit Blick auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsstand und Preisniveaustabilität müsse man für NRW noch eine „Abweichung von der Normlage“ feststellen, so **Martin Börschel** (SPD). Die Eignung der geplanten Investitionen, insbesondere im Bildungsbereich, sei nachgewiesen worden.

Die kommunale Familie sei mit 2 bis 2,5 Milliarden Euro jährlich unterfinanziert, ergänzte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) die Äußerungen seines Vorredners. Auch diese Situation trage zur Störungslage bei und müsse daher durch entsprechende Hilfen des Landes beseitigt werden.

Durch die Abschaffung der Studiengebühren oder das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr werde die Haushaltslage bewusst verschlechtert, kritisierte **Angela Freimuth** (FDP). Beim Wasserentnahmentgelt oder der Grunderwerbssteuer belaste man dagegen die Bürgerinnen und Bürger.

Die massiven Korrekturen am Haushalt sowie die globale Minderausgabe von über 500 Millionen Euro seien fragwürdig und parlamentarisch inakzeptabel, so **Rüdiger Sagel** (Linke). Nachgebessert werden müsse vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales sowie auf der Einnahmeseite.

Die Landesregierung habe bei den Ausgaben sparen können, ohne dass die „entscheidenden Punkte des Politikwechsels“ geändert worden seien, betonte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Die heute stark sprudelnden Steuerquellen seien aber kein Beweis für stetiges Wachstum.

Die beratenen Einzelpläne haben mit den Stimmen von SPD und Grünen jeweils die Zustimmung einer Landtagsmehrheit gefunden. CDU und FDP stimmten dagegen, die Linksfraktion nahm an allen Abstimmungen nicht teil. Nach nochmaliger Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss folgt die dritte Lesung im Plenum.



Fotos: Schälte

Norbert Post (CDU)

Michael Scheffler (SPD)

Andrea Asch (Grüne)

Marcel Hafke (FDP)

Dr. Carolin Butterwegge (Linke)



Fotos: Meyer

Der Haushalt steht

Generaldebatte begleitet finale Etatberatungen

18. Mai 2011 – Es ist soweit: Der Landeshaushalt für das laufende Jahr 2011 ist beschlossene Sache. In diesem Jahr will die rot-grüne Regierung rund 55,3 Milliarden Euro ausgeben, davon rund 4,8 Milliarden Euro über neue Schulden finanzieren (siehe Seite 4). Das ist den Fraktionen von CDU und FDP zu viel, denn die Schulden übersteigen die Investitionen, was laut Landesverfassung nur bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zulässig ist. Die CDU hat deswegen angekündigt, gegen den Haushalt 2011 Klage einzureichen. SPD und Grüne verteidigen den Etat und die Politik der Koalition, die Linke fordert höhere Ausgaben, ermöglicht der Minderheitsregierung aber schließlich eine Mehrheit für den Haushalt.

Die Regierung sei mit ihrer präventiven Haushaltspolitik krachend vor dem Verfassungsgerichtshof gescheitert, stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann fest. Neue Schulden

auf dem Rücken der Kinder, diese Politik sei nicht nur unvernünftig: „Wir halten sie auch nicht für verantwortlich“, betonte Laumann. In ganz Europa teile kein Land die Auffassung von

Rot-Grün – bis auf früher einmal Griechenland. Die CDU werde erneut klagen. Gleichzeitig forderte Laumann, die vom Bund beschlossene Schuldenbremse auch in der NRW-Verfassung zu verankern, „damit wir uns alle dem Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik für die zukünftigen Generationen verpflichtet fühlen“. Darüber hinaus sprach er sich für einen Schulfrieden aus, stellte aber die Gemeinschaftsschule als zweite integrative Form neben der Gesamtschule in Frage. Kritik übte Laumann zudem an Krafts Personal. Ein schwacher Finanzminister, ein quasi abgeschafftes Wirtschaftsressort, der Atomkugel-Fall im Wissenschaftsministerium und die Spendenaffäre des Innenministers: „Sie haben einen verdammt hohen Preis bei der Auswahl Ihres Personals für die Minderheitsregierung bezahlt.“ Auch der Umgang mit den Kommunen lasse zu wünschen übrig: Fairness und Mitsprache habe Kraft versprochen. Wer das geglaubt habe, sei heute bitter enttäuscht.

„Keine Alternative, keine inhaltliche Perspektive. Das war ein Armutszeugnis, Herr Laumann“, meinte der Fraktionsvorsitzende Norbert Römer (SPD) zu seinem Vorredner. Schwarz-Gelb im Landtag sei das Gegenteil von „Schwarz-Gelb“ in Fußball-Dortmund, nämlich „alles andere als meisterlich“. Dagegen habe die rot-grüne Regierung den Mut, die Aufgaben der Zukunft anzupacken. „Diese Regierung wird weiterhin solide, stabil und zuverlässig ihre Arbeit machen“, sagte Römer. Er erklärte, „Aufstieg durch Bildung“ werde zum Markenkern der Regierung werden. Es komme darauf an, Barrieren für Bildungsgerechtigkeit aus dem Weg zu räumen, und zwar von der Kita bis zur Universität. Mit dem Haushaltsentwurf werde deutlich: „Wir setzen auf Vorsorge als umfassenden Politikansatz.“ Es sei Anspruch der Landesregierung, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, um zukünftig Geld zu sparen. In diesem Sinne sei es notwendig, die Kommunen mit Unterstützung des Bundes wieder finanziell auf eigene Beine zu stellen. Als weiteres Politikfeld nannte Römer die Industrie- und



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Reiner Priggen (Grüne)

Energiepolitik. Ökologische Herausforderungen und industriepolitische Erfordernisse seien nicht gegensätzlich, sondern würden von Rot-Grün gleichermaßen ernst genommen. 308 Tage sei die Landesregierung nun im Amt. „Und es werden viele mehr werden“, so der Sozialdemokrat.

„Wir machen die Arbeit gerne weiter“, sagte auch **Reiner Priggen**, Grünen-Fraktionsvorsitzender. Er zog ebenfalls eine positive Bilanz zur Arbeit der rot-grünen Koalition. Sie habe dem „ideologischen Popanz ‚Privat vor Staat‘“ ein Ende gesetzt, Schluss gemacht mit der Kommunalfeindlichkeit und mit der Mitbestimmungsfeindlichkeit der FDP in der Vorgängerregierung. „Wir begrüßen modernste Kraftwerke“, verwies der Grüne zudem auf mindestens 13 Kohle- und Gaskraftwerksblöcke, die Rot-Grün unterstütze, um den Übergang zu mehr erneuerbaren Energien zu gestalten. Die Schulpolitik zeichne sich durch mehr Entscheidungsspielraum für die Kommunen aus, solange Abschlüsse vergleichbar blieben. Gleichzeitig strebe die Landesregierung einen Schulfrieden mit den anderen Landtagsfraktionen und Akteuren der Schulpolitik an. Priggen freute sich über entsprechende Gesprächsangebote der CDU und lobte auch deren Paradigmenwechsel bei den Kommunal финанzen, vermisste ansonsten aber eine gradlinige Oppositionsstrategie der Fraktion. Die FDP habe ein Jahr lang keinen substanziellen Beitrag geleistet, wohingegen die oppositionellen Linken ein Stück weit ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzten. Als nächstes wolle man mehr Demokratie ermöglichen, kündigte Priggen Vorhaben der näheren Zukunft an. „Arbeit gibt es genug.“

„Ihnen fehlt die Kraft, Sparmaßnahmen auf den Weg zu bringen“, attackierte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Gerhard Papke** die rot-grüne Landesregierung. Sie habe die Aufnahme neuer Schulden zur Staatsphilosophie erhoben. Dies sei weder zukunftsorientiert noch sozial gerecht. So bedeute die Ersetzung von Studiengebühren

durch Haushaltsmittel, dass die Arzthelferin die Ausbildung des Chefarztes bezahle. Auch das beitragsfreie Kindergartenjahr „auf Pump“ gehe letztendlich zu Lasten der Kinder selbst. Die Linkspartei habe als „Wackeldackel“ keine eigene Haltung und ver helfe der „heimlichen rot-rot-grünen Koalition“ stets zur Mehrheit. Den Grünen warf der FDP-Sprecher eine industrie feindliche Politik vor, wie der gerichtsanhängige Kraftwerksneubau in Datteln zeige. Nach dem von ihnen initiierten kommenden Klimaschutzgesetz werde in NRW keine nennenswerte Industrieansiedlung mehr möglich sein, befürchtete der FDP-Sprecher. Wirtschaftsminister Voigtberger jedenfalls setze dem nichts entgegen. Er sei ebenso eine Fehlbesetzung wie Wissenschaftsministerin Schulze, die das Parlament belogen habe, und Innenminister Jäger, der nicht den Mut zur Aufklärung der Tragödie bei der Loveparade habe. Gesprächsbereit zeigte sich Papke mit Blick auf die Schulpolitik, sofern es sich um eine „Qualitätsdebatte“ handele.

Rot-Grün sei mit dem Haushalt als Tiger gesprungen, aber als Bettvorleger gelandet, konstatierte Linken-Fraktionschef **Wolfgang Zimmermann**. Die Koalition habe die geplante Neuverschuldung ohne Not auf 4,8 Milliarden Euro reduziert. „Wir teilen die Ansicht der Landesregierung, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist“, betonte er. Deshalb wäre es eigentlich richtig gewesen, mehr zu investieren, anstatt den Schuldenansatz von gut 7 Milliarden Euro zu kürzen, argumentierte Zimmermann. „Diese 3 Milliarden fehlen nun in diesem Land.“ Der Finanzminister habe es versäumt, mit dem unerwarteten Steuerplus die Konjunktur zu stützen. Zimmermann bezeichnete den Haushalt daher als Enttäuschung. Zwar verzichte dieser auf Privatisierung und Sozialabbau. Doch: „Statt konsequenter präventiver Sozialpolitik erleben wir ein Einknicken vor den abgewählten neoliberalen Parteien CDU und FDP“, kritisierte Zimmermann. Es bleibe skandalös, dass die Regierung die wegfallenden

Studiengebühren nicht entsprechend kompensiere, so einer seiner Kritikpunkte. Gleichzeitig forderte er, die Schuldenbremse gehöre auf den „Müllhaufen der Geschichte“. Sie verhindere ein soziales Zukunftsinvestitionsprogramm. „Leiten Sie den überfälligen Politikwechsel ein“, forderte der Linke die Ministerpräsidentin auf.

„Wenn wir diesen Haushalt verabschieden, schaffen wir damit die finanzielle Basis für eine gute Zukunft unseres Landes NRW“, sagte **Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD). Es sei richtig und wichtig, in Kinder und Bildung zu investieren, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen. Kein Kind dürfe zurückgelassen werden, verwies Kraft auf geplante bildungspolitische Reformen. Es gelte außerdem der Grundsatz „Stadt und Land: Hand in Hand“, denn die Regierung nehme die Sorgen und Nöte der Kommunen ernst. Die Kritik der Opposition an der Gemeindefinanzierung nannte Kraft „verlogen“, da Rot-Grün in diesem Bereich von der Vorgängerregierung versäumt, statistische Anpassungen vornehmen müsse. Die Regierungschefin erklärte, NRW zu einem „Land der guten Arbeit“ machen zu wollen. Sie sprach sich für flächendeckenden Mindestlohn und mehr Mitbestimmung sowie gegen Dumping-Löhne und befristete Arbeitsverträge aus. Die Regierung habe zudem als Ziel vor Augen, dass NRW Industrieland bleiben müsse. Mit einem Klimaschutzgesetz wolle sie zugleich deutlich machen, dass dieser als Fortschrittmotor zu verstehen sei. Die Ministerpräsidentin betonte, mit einer Politik der Vorbeugung die Schulden Nordrhein-Westfalens nachhaltig zurückführen zu wollen. Diesen Weg werde die Regierung konsequent weiter beschreiten. *cw/sow/bra/sw*

Der Haushalt 2011 hat mit den Stimmen von SPD und Grünen eine knappe Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und FDP gefunden, weil die Linksfraktion sich enthalten hat. Auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 wurde mit demselben Abstimmungsergebnis beschlossen.



Dr. Gerhard Papke (FDP)

Wolfgang Zimmermann (Linke)

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte	Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	Gepl. Beratungsschritte
15/1930	Änderung des Abgeordnetengesetzes und des Fraktionsgesetzes, alle Fraktionen	Vorschlag: Haupt- und Medienausschuss	1. Lesung 18.5.2011	15/1312	Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren, SPD und Grüne	Innenausschuss	Anhörung 9.6.2011
15/1929	Erstes Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, LR	Vorschlag: Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	1. Lesung 19.5.2011	15/1269	Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Plenum 18.5.2011
15/1927	Unabhängigkeit des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, SPD, Grüne und FDP	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 18.5.2011	15/1068	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land NRW (Artikel 83), CDU – Schuldenbremse –	Haupt- und Medienausschuss	in Beratung
15/1924	Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, SPD und Grüne	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 19.5.2011	15/977	Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmentgeltgesetzes, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Beratung wird fortgesetzt
15/1915	Sechstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes, CDU	Vorschlag: Schulausschuss	1. Lesung 19.5.2011	15/976	Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes, LR – Kinderlärm –	Umweltausschuss	Ausschussberatung 8.6.2011
15/1876	Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum, LR	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 19.5.2011	15/853	Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Wärmedämmung und grenzständige Gebäude, SPD und Grüne	Rechtsausschuss	Plenum 18.5.2011
15/1875	Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes, LR	Vorschlag: Wissenschaftsausschuss	1. Lesung 18.5.2011	15/666	Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW, SPD und Grüne	Ausschuss für Kommunalpolitik	Plenum 18.5.2011
15/1690	Änderung des ÖPNVG NRW – Anpassung an Vorgaben der VO (EG) 1370/2007 zur Direktvergabe im Öffentlichen Personennahverkehr, CDU	Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr	Schriftliche Anhörung; abschließende Beratung 9.6.2011	15/484	Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie, FDP	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration	Anhörung geplant
15/1684	Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer, Linke	Haushalts- und Finanzausschuss	Rücknahme angekündigt	15/474	Gesetz zum Erlass eines Bibliotheksgesetzes und zur Änderung der Landschaftsverbandsordnung, CDU	Kulturausschuss	Beratung wird fortgesetzt
15/1644	Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und des WDR-Gesetzes, LR	Innenausschuss	Abschlussberatung 9.6.2011	15/465	Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren, Linke	Ausschuss für Kommunalpolitik	Plenum 18.5.2011
15/1438	Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzuges, LR	Rechtsausschuss	Weitere Ausschussberatung 1.6.2011				

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – im Plenum vom 13./14. April entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
15/1002 15/1354	Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2011)	Landesregierung	2. Lesung 13./14.4.2011 3. Lesung 18.5.2011	angenommen
15/1000 15/1300	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)	Landesregierung	2. Lesung 13./14.4.2011 3. Lesung 18.5.2011	angenommen
15/975	Gesetz zur Wiedereinführung der Stichwahl	Landesregierung	3. Lesung 15.4.2011	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter www.landtagintern.de Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Sachverständige bei der Anhörung.

Foto: Schälte

Familienfreundliches Studium

Wie kann das Studieren mit Kind leichter werden?

6. Mai 2011 – Mit Kind zu studieren, ist eine Herausforderung. Dafür, meint die CDU-Fraktion, seien die Rahmenbedingungen gar nicht so schlecht: bessere Studienbedingungen durch das bundesweite Studienbeitragsgesetz, mehr Betreuungsplätze für Kleinkinder durch das Kinderbildungsgesetz. Unzureichend ist nach ihrer Auffassung aber die Familienförderung an Hochschulen selbst. „Familienfreundlichkeit an Hochschulen verbessern“ lautet deshalb ihr Antrag (Drucksache 15/675). In einer gemeinsamen öffentlichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses (Vorsitz Arndt Klocke, Grüne) und des Familienausschusses (Vorsitz Margret Vosseler, CDU) waren sich die Sachverständigen einig: Die Familiengründung parallel zum Studium könne vor allem durch flexible Kinderbetreuung gefördert werden.

Bislang sei der Kindermangel unter Akademikerinnen und Akademikern besonders auffallend, heißt es im Antrag der CDU. Nur etwa sieben Prozent der Studierenden hätten Nachwuchs. Aufgrund der Mehrfachbelastung und höherer Lebenshaltungskosten dauere bei ihnen häufig das Studium länger. Rund 54 Prozent der Studierenden mit Kind brächen ihr Studium sogar ab. „Die Universitäten begrüßen die Forderung nach Kinderbetreuung und sind grundsätzlich aufgeschlossen für neue Modelle zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit“, betonte Prof. Dr. Ulrich Radtke von der Landesrektorenkonferenz (LRK) der Universitäten in NRW. Diese solle aber nicht über einen Wettbewerb der Hochschulen geregelt werden, sondern über individuelle Programme.

Aus Sicht des Sachverständigen bedinge eine flexible Studien- und Arbeitsorganisation zur Entlastung familiär eingebundener Studierender auch eine Sensibilisierung und Schulung der wissenschaftlichen Führungskräfte. Nach Ansicht der Landesrektorenkonferenz sollte ein solcher Antrag außerdem familiäre Belange von Hochschulbeschäftigten mit pflegebedürftigen Angehörigen aufnehmen. All diese Kosten „müssen derzeit von den Hochschulen trotz knapper Haushaltsmittel selbst getragen werden“, so die LRK. Eine finanzielle Unterstützung sei daher dringend notwendig.

Dreh- und Angelpunkt der Anhörung war die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. „Diese entscheidet, ob ich ein Studium abreche“, erklärte Prof. Dr. Brigitte Grass für

die Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen. „35 Prozent der Fachhochschulen in NRW haben das Zertifikat familiengerechte Hochschule, 18 Prozent befinden sich im Zertifizierungsprozess“, erläuterte Grass, die zugleich auch Präsidentin der Fachhochschule Düsseldorf ist. In Bundesländern wie Baden-Württemberg, Hessen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt seien die Hochschulen anders als in NRW schon vor mehreren Jahren durch Förderprogramme bei der Umsetzung familiengerechter Maßnahmen finanziell unterstützt worden. „Wir wissen nicht mehr, woher wir das Geld nehmen sollen“, mahnte Grass. Die Vereinbarkeit von Studium und Familie sei aber gerade angesichts des drohenden Fach- und Führungskräftemangels und des demographischen Wandels wichtiger denn je. Um dies zu gewährleisten, sind nach Ansicht der Expertin flexible und regionale Kinderbetreuungen, ein „Notfall-Angebot“ während zusätzlicher Seminare sowie die Vernetzung von Hochschulen und familienberatenden Einrichtungen dringend nötig.

KINDERBETREUUNG

„Das Angebot in Nordrhein-Westfalen ist noch sehr schlecht“, stellte auch Gisela Erler von der pme Familienservice GmbH Berlin fest und bezog sich vor allem auf die Betreuung der unter Dreijährigen. „Berlin hat 140.000 Kita-Plätze bei 3,5 Millionen Einwohnern, NRW hat 90.000 Plätze bei etwa 18 Millionen Einwohnern“, ergänzte die zentrale Gleichstellungsbeauftragte der Humboldt-Universität Berlin, Dr. Ursula Fuhrich-Grubert. Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit habe in fünf Jahren 13 Millionen Euro bereitgestellt, NRW brauche mindestens 2 Millionen Euro plus 50 Prozent Eigenanteil der Hochschulen, so Fuhrich-Grubert. „Geben Sie das Geld in die richtige Richtung und novellieren sie das Bafög-Gesetz, so dass Bafög auch für ein Teilzeitstudium beansprucht werden kann“, appellierte Christina Schrandt vom Landes-Asten-Treffen NRW an die Politik. „Die Hochschulen allein können das nicht schaffen“, fasste Prof. Dr. Marianne Genenger-Stricker von der katholischen Hochschule NRW die Meinung der Mehrzahl der Fachleute zusammen.

Andrea Stockhausen

+++ Meldungen +++

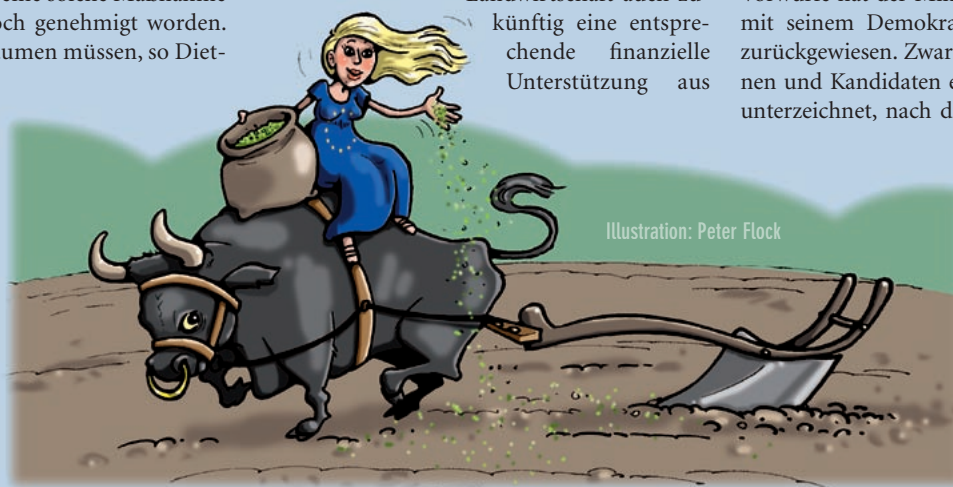
Bohrende Fragen

11. Mai 2011 – Paradigmenwechsel oder Falschaussage? Die FDP bewertet Regierungsaussagen zu Anträgen über das sogenannte Fracking bei Erdgasbohrungen in Oppenwehe als letzteres und beantragte im **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) eine aktuelle Viertelstunde. Am 12. Januar 2010 hatte Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger vor dem Ausschuss erklärt, eine solche Maßnahme sei weder beantragt noch genehmigt worden. Nunmehr habe er einräumen müssen, so Dietmar Brockes (FDP), dass einem entsprechenden Antrag im Jahr 2009 doch stattgegeben worden sei. Der Minister sah ebenso wie die Abgeordneten von SPD und Grünen die Ursachen für die Informationspanne nicht in der Gegenwart, sondern in der Vergangenheit. Immerhin sei die Genehmigung zu schwarz-gelber Regierungszeit erteilt worden. Und diese habe weder Parlament noch Öffentlichkeit informiert. Allerdings, so Voigtsberger, habe die entsprechende Bohrung dann nicht stattgefunden. Nun wolle man alles aufklären und eine chronologische Zusammenstellung aller Maßnahmen seit den 60er-Jahren vorlegen. Dies, so die rot-grüne Regierungsseite, sei ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Transparenz und Information.

Europäische Agrarpolitik und Landwirtschaft in NRW

11. Mai 2011 – Welche Konzepte sind geeignet, um die nordrhein-westfälische Landwirtschaft in Europa zu stärken? Diese Frage beschäftigte die Abgeordneten im **Landwirtschaftsausschuss** (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU). Die Europäische Kommission erarbeitet derzeit Vorschläge, wie die gemeinsame Agrarpolitik bis zum Jahr 2020 ausgestaltet werden soll. Die CDU-Fraktion im Landtag nahm dies zum Anlass, in einem Antrag die aus ihrer Sicht erforderlichen Konzepte zur Stärkung der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft im europäischen Rahmen zu formulieren (Drs. 15/852). Im Ausschuss ging es dabei um eine verstärkt ökologische Ausrichtung der Agrar-

politik. Während CDU und FDP die Einführung von ökologischen Vorrangflächen für zehn Prozent der Fläche eines jeden landwirtschaftlichen Betriebs ablehnten, sprachen sich SPD, Grüne und Linke für dieses Konzept der Landesregierung aus. Staatssekretär Udo Paschedag aus dem Umweltministerium betonte, eine verstärkte Ökologisierung sei notwendig und auf europäischer Ebene bereits Konsens. NRW müsse sich hier anpassen, um für die Landwirtschaft auch zukünftig eine entsprechende finanzielle Unterstützung aus



Brüssel zu erhalten. Der Antrag der CDU wurde bei Zustimmung der FDP mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken abgelehnt.

Extreme Welten

12. Mai 2011 – Die Chefin des NRW-Verfassungsschutzes, Mathilde Koller, hat im **Haupt- und Medienausschuss** (Vorsitz Wolfram Kuschke, SPD) die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts 2010 vorgestellt. Als ein wesentliches Problem nannte sie die zunehmenden Zusammenstöße von Rechts- und Linksextremisten. In NRW seien derzeit rund 3.700 Menschen rechtsextremistisch und 2.800 linksextremistisch organisiert. Ein weiteres Augenmerk des Verfassungsschutzes liege zurzeit auf dem islamistischen Terrorismus, auch wenn es keine Anschlagshinweise gebe, sagte Koller. Dazu trügen auch aktuelle Vorfälle wie jüngst die Festnahme von drei Al-Qaida-Anhängern in Düsseldorf bei. Eines der Hauptmedien der islamistischen Extremisten sei das Internet. Darüber erreichten sie vor allem junge Menschen. „Es macht uns deshalb Sorge, weil es so schleichend passiert“, erklärte Koller. Islamistische Organisationen zählten in Nordrhein-Westfalen rund 8.600 Mitglieder. Erstmals seit einigen Jahren taucht auch die Organisation Scientology wieder im Bericht auf.

Kosten der Kandidatur?

12. Mai 2011 – Innenminister Ralf Jäger hat sich im **Innenausschuss** (Vorsitz Monika Düker, Grüne) der Frage gestellt, ob man sich in der Duisburger SPD, der er vorsteht, Mandate kaufen könne. Der Frage der FDP zugrunde lagen Medienberichte, nach denen dortige Parteimitglieder bis zu 800 Euro hätten bezahlen sollen, um bei der Kommunalwahl kandidieren zu dürfen. Diese Vorwürfe hat der Minister als falsch und nicht mit seinem Demokratieverständnis vereinbar zurückgewiesen. Zwar hätten viele Kandidatinnen und Kandidaten eine freiwillige Erklärung unterzeichnet, nach der sie sich an den Wahlkampfkosten beteiligen sollten. Jedoch sei das Schriftstück bedeutungslos für die Kandidatenauswahl gewesen, da diese auf Ebene der Ortsverbände zum Zeitpunkt der Erklärung bereits abgeschlossen gewesen sei. Auch hätten nicht alle Kandidatinnen und Kandidaten die Erklärung unterzeichnet, seien aber trotzdem von der Partei unterstützt worden.

Illegale Parteifinanzierung?

16. Mai 2011 – Die Frage, ob es seitens der SPD ein System gab oder gibt, sich gemeinnütziger Unternehmen, um Parteispenden zu akquirieren, stand im Mittelpunkt einer Sondersitzung des **Rechtsausschusses** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP). Aufgeworfen hatten die Frage sowohl CDU als auch FDP im Zusammenhang mit untersuchten Aktivitäten eines Rechtsanwalts in Krefeld. Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) erläuterte, dass zwei im Dezember 2008 an die SPD gezahlte Spenden unmittelbar nach der Information, es handele sich um Spenden unter falschen Namen, zurückgezahlt worden seien. Der jetzt aktuelle Anfangsverdacht, es seien Aufträge gegen Parteispenden „zugeschanzt“ worden, werde derzeit von der Staatsanwaltschaft Krefeld untersucht. Mit Blick auf die dargestellte „Unmittelbarkeit“ verlangten CDU, FDP und Linkspartei eine Präzisierung der Daten von Spendenzahlung und Rückzahlung. Die Linkspartei kritisierte generell einen „dubiosen Umgang mit Spenden“ und wandte sich gegen den ebenfalls angesprochenen Zusammenhang von Spenden und Kandidatur für ein politisches Mandat.

Städte stärken

Mehr Handlungsspielraum durch Kooperation?

13. Mai 2011 – Entlastet eine interkommunale Zusammenarbeit Städte und Gemeinden auch finanziell, wie die FDP argumentiert (Drs.15/858)? Über diese Frage haben Sachverständige im Ausschuss für Kommunalpolitik (Vorsitz Carina Gödecke, SPD) diskutiert.

Fotos: by-studio-Fotolia, de Haar

Nicht zuletzt durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise haben die Haushaltsprobleme vieler Kommunen nach Ansicht der FDP ein bisher unbekanntes Maß erreicht. Ein wichtiges Instrument zur Absicherung deren Handlungsfähigkeit sieht die Fraktion in einer interkommunalen Zusammenarbeit: Durch diese könnten Kosten der Kernverwaltung gesenkt und Ressourcen effizienter genutzt werden. Bei der Steuerung dieser Entwicklung „stehen der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und die kommunalen Gebietskörperschaften in der Pflicht“, heißt es in dem FDP-Antrag (Drs. 15/858). In einer Anhörung zu dem Papier waren sich die Fachleute kommunaler Spitzenverbände und Organisationen einig: Eine Zusammenarbeit in Teilbereichen sei konstruktiv, verspreche aber keine rasche Lösung der aktuellen Finanzprobleme.

Nach Aussage von Dr. Helmut Fogt ist die Idee der interkommunalen Zusammenarbeit nicht neu. „Der Städtetag hat schon 2003 einen Katalog erstellt“, so der Beigeordnete des Städtetags NRW. Seine Institution räume dem Thema gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag einen hohen Stellenwert ein. „Die Synergie-Effekte sind unbestritten“, betonte der Leiter des Dezernates Personal und Organisation. Auf zahlreichen Gebieten würden Kommunen bereits erfolgreich zusammenarbeiten, zum Beispiel in der Abfallentsorgung, der Abwasserbeseitigung, im Tourismus, in der Datenverarbeitung sowie bei Call Centern.

Das größte Rationalisierungspotenzial interkommunaler Zusammenarbeit sah der Städtetag bei staatlich übertragenen Aufgaben, die in NRW nach den gleichen Rechts- und Verfahrensvorschriften erfolgten. „Dies ermöglicht eine weitrei-

chende Vereinheitlichung“, so Dr. Fogt. Aufgaben im Hintergrund könnten interkommunal in Front- oder Back-Office erledigt werden. Die Novelle der Gemeindeordnung im Dezember 2010 (Abs.1 Nr. 2) hat laut Städtetag eine wichtige rechtliche Hürde abgebaut. Darin wurde die Beschränkung für die Gründung interkommunaler Dienstleistungs- und Beschaffungsgesellschaften aufgehoben. An eine sofortige Lösung der Finanzprobleme der Kommunen glaubt Dr. Fogt zwar nicht. Zur mittel- und langfristigen Haushaltssicherung könne die interkommunale Zusammenarbeit jedoch einen wichtigen Beitrag leisten, da „in erheblichem Maße Personal, Sachmittel und Immobilien freigesetzt werden können“. Als Beispiel führte der Städtetag das Servicecenter von Wuppertal, Remscheid und Solingen an, das kostengünstig Dienstleistungen der bergischen Städte erledigt.

HEMMNISSE

Hans-Gerd von Lennep vom Städte- und Gemeindebund NRW verwies auf die „sehr heterogene“ IT-Landschaft in NRW mit 31 Rechenzentren und 65 nicht an Rechenzentren angeschlossenen Kommunen. Da die IT-Systeme der Verwaltungen nicht alle miteinander verbunden seien, stocke der ungehinderte Datenfluss noch. „Wo interkommunale Zusammenarbeit praktiziert wird, erfolgt sie zu allgemei-

ner Zufriedenheit“, so von Lennep. Hemmnisse sah er in der unterschiedlichen Leistungskraft der Kommunen, ihrer Konkurrenzsituation und der Furcht, Gestaltungsfreiheit zu verlieren. Möglicherweise sei eine Zusammenarbeit nur durch den Gesetzgeber zu erreichen. Auch der Städtetag NRW begrüßte die Einrichtung einer Projektgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ beim NRW-Ministerium für Inneres und Kommunales.

„Interkommunale Zusammenarbeit kann Kosten senken, ist aber kein Allheilmittel gegen die desolante Finanzlage der Kommunen“, mahnte Dr. Marco Kuhn vom Landkreistag NRW. Er empfahl, mit Blick auf den demografischen Wandel die Aufgabenordnung im kreisangehörigen Raum auszuloten. Insbesondere kleinen und mittleren Kommunen stelle sich die Frage, wie sie ihre Aufgaben angesichts sinkender Einwohnerzahlen dauerhaft wahrnehmen könnten. „So ist es fraglich, ob eine Untere Bauaufsicht oder eine Ausländerbehörde bei den Städten noch sinnvoll ist.“

Von der privaten Wirtschaft lernen, die Zusammenarbeit im IT-Bereich verbessern und Aufgaben bündeln: Das seien wichtige Schritte auf dem Weg zur interkommunalen Zusammenarbeit, stimmte Werner Haßenkamp von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW seinen Vorrednern zu. Die kommunalen Spitzenverbände warnten aber davor, die Kosten dafür im Vorfeld zu unterschätzen. „Wichtig ist eine Anschub-Finanzierung“, riet Markus Both, Prokurist der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG Dortmund. Das Unternehmen erarbeitete im Auftrag des NRW-Ministeriums für Inneres und Kommunales den Modelversuch „Vernetzte Verwaltung“.

Andrea Stockhausen

CDU will Verbundschulen ausbauen



Angesichts der demographischen Entwicklung in NRW hat die CDU-Landtagsfraktion ein neues Schulgesetz vorgelegt, das die Gründung von Verbundschulen aus Haupt- und Realschulen sowohl in Städten als auch im ländlichen Bereich deutlich erleichtern soll. Beispielsweise sollen nur noch zwei statt wie bisher drei Parallelklassen zur Genehmigung einer Verbundschule ausreichen. Das sei eine praxisnahe und pragmatische Lösung, um trotz rückläufiger Schülerzahlen auch künftig ein wohnortnahes Schulangebot vorhalten zu können.

„Die Gründung einer Verbundschule ist durch den Schulträger im Einvernehmen mit der Schule und der Region zu beschließen“, betont Fraktionsvize Klaus Kaiser (r.). Regionale Schulentwicklungspläne auf Kreisebene wie auch kreisübergreifend könnten kommunale Konkurrenzen, die zur Zerstörung einer gewachsenen Schullandschaft führen, verhindern. Weiterhin werde zur Bewältigung der demographischen Herausforderung die Bildung von Schul-Teilstandorten erheblich erleichtert und die Fortführung einzügiger Hauptschulen ohne Einschränkung ermöglicht.

„Schulpolitik muss jedem Kind mit seinen spezifischen Fähigkeiten oder auch Defiziten Chancen eröffnen“, erklärt Thomas Sternberg (r.), schulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. „Eine Gesellschaft mit weniger Kindern und mehr Älteren ist auf jede Begabung angewiesen. Wir brauchen die optimale Förderung aller – derjenigen, denen Lernen leichter fällt, wie auch derjenigen, denen Lernen vergleichsweise schwerer fällt. Dem wird am besten ein vielfältiges Schulangebot mit spezifischen oder großen, binnendifferenzierten Schulen gerecht.“

Kaiser: „Deshalb ist die CDU-Landtagsfraktion der Auffassung, dass keine gut funktionierenden Schulen aufgelöst werden sollen. Aber eine Weiterentwicklung soll dort möglich gemacht werden, wo demographische Entwicklungen und Änderungen des Schulwahlverhaltens zu neuen Lösungen drängen.“



Sozialer Arbeitsmarkt – Sinnvolle Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung geht davon aus, dass bundesweit bis zu 450.000 Menschen keine Integrationsperspektive auf dem Arbeitsmarkt haben. In Nordrhein-Westfalen sind davon umgerechnet rund 100.000 Arbeitslose betroffen. Für diese langzeitarbeitslosen Menschen mit Vermittlungsproblemen will die SPD im Düsseldorfer Landtag die Chance für eine sinnvolle Beschäftigung eröffnen und hat die Eckpunkte für einen sozialen Arbeitsmarkt in einem Positionspapier konkretisiert. Diese Beschäftigungsverhältnisse sollen sozialversicherungspflichtig sein und tariflich vergütet werden. Um einen „Drehtüreffekt“ zu vermeiden, müssen auch längerfristige Arbeitsverhältnisse möglich sein. Schließlich wird in der Regel nur durch eine längerfristige Beschäftigung die Wiedererlangung von Beschäftigungsfähigkeit und Qualifizierung erreicht.

Das SPD-Konzept sieht vor, dass einem breiten Spektrum von Unternehmen, Arbeitgebern und gemeinwohlorientierten Verbänden die Möglichkeit eröffnet wird, geförderten Langzeitarbeitslosen einen Arbeitsplatz anzubieten. Das erhöht die Arbeitsmarktnähe und kann gleichzeitig dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Zur Finanzierung dieser sinnvollen Beschäftigung sollen die Mittel genutzt werden, die bisher in die Finanzierung der Arbeitslosigkeit gesteckt wurden. Der Kern des sozialen Arbeitsmarktes ist es, die dauerhafte Beschäftigung anstelle der Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das Positionspapier „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Beschäftigungschancen neu denken“ kann kostenlos bei der Pressestelle der SPD-Fraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, bestellt werden. Natürlich findet man es auch im Internet: www.spd-fraktion.landtag.nrw.de



Foto: Werner Heiber, Fotolia.com



Neuer Wind für NRW!

Wir befinden uns in energiepolitisch spannenden Zeiten: Selten zuvor war die Ausrichtung der deutschen Energiepolitik so in aller Munde und die gewaltigen Herausforderungen in der Energiepolitik im öffentlichen Bewusstsein. Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland mit einer energieintensiven Industrie und hohen CO₂-Emissionen muss schon frühzeitig geeignete Alternativen zur Kohle- und Atomkraft finden und ausbauen. Ein großes – bisher unzureichend ausgeschöpftes – Potenzial liegt in der Windenergie.



Mit dem Plan, 15 Prozent der Stromerzeugung im Jahr 2020 aus Windenergie zu erzielen, hat sich die Landesregierung ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Ein neuer Windenergieerlass soll dazu ein neues Kapitel in der Energieversorgungsstruktur in NRW aufschlagen. Dieser ist im intensiven und konstruktiven Dialog mit der Windenergiebranche und Naturschutzverbänden erstellt worden. Im Gegensatz zum alten spricht sich der neue Erlass gegen Höhenbeschränkungen aus und trägt damit der technischen Entwicklung immer größerer und effizienterer Anlagen Rechnung.

Neben Möglichkeiten der kommunalen Steuerung werden im Windkrafterlass auch die Möglichkeiten von Bürgerbeteiligung im Verfahren sowie am Projekt selbst etwa bei Bürgerwindparks aufgegriffen. Das Klimaschutzministerium wird zudem mit einer Potenzialstudie geeignete Räume für den Ausbau der erneuerbaren Energien und Perspektiven für eine stärkere regionale Wertschöpfung aufzeigen.

Gerade für Kommunen liegen in der Windenergie enorme Chancen für die lokale Wertschöpfung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Doch was genau bedeuten die neuen Regelungen für die Kommunen? Welche Potenziale der Windenergie liegen vor Ort und wie können diese gehoben werden? Wie können Beteiligungsmodelle für die Stadt und die Anwohner aussehen und welche Partner können dafür gewonnen werden?

Diese Fragen haben wir in der vergangenen Woche mit 60 Interessierten ausführlich diskutiert. Mit dabei u. a. auch Vertreter des Umweltministeriums und der Kommunen. Denn nur durch den stetigen Austausch können wir zu den besten Ergebnissen für alle gelangen. ■



FDP-Fraktion: Mobilität ist Schlüsselthema für das Industrieland NRW

Mobilität ist eines der Schlüsselthemen für den Standort Nordrhein-Westfalen. Beim 1. Mobilitätsforum NRW der FDP-Landtagsfraktion diskutierten Politiker, Experten und interessierte Bürger im Landtag über Verkehrspolitik. Als Referenten waren Professor Karl-Hans Hartwig (Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaft der Universität Münster), Dr. Christoph Kösters (Clustermanager LogistikCluster NRW und Hauptgeschäftsführer Verband Verkehrswirtschaft und Logistik NRW), Dr. Wolfgang Kentner (Geschäftsführender Gesellschafter der Kentner Spedition), Wolfgang Meyer (Präsident mofair) und Werner Kühlkamp-Winkelmann (Federführer Verkehr der Industrie- und Handelskammern in NRW) der Einladung gefolgt. „Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand auf der einen, Infrastruktur, Verkehr und Logistik auf der anderen Seite gehören für die FDP untrennbar zusammen“, betonte der stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Christof Rasche. Gerade in einem der größten Wirtschafts- und Ballungsräume Europas sei ein effizientes und umweltfreundliches Verkehrsnetz unerlässlich.



Einig waren sich alle Referenten darin, dass die Verkehrsinfrastruktur massiv unterfinanziert sei. Dennoch sei es wichtig – anders als von der rot-grünen Landesregierung geplant – nicht nur in den Unterhalt, sondern auch in den Ausbau des NRW-Straßennetzes zu investieren. Denn gerade im Güterverkehr sei in den nächsten Jahren mit beträchtlichen Wachstumsraten zu rechnen. Besorgt waren die Experten, dass die Verkehrsplanung im Industrieland NRW nach den Plänen von SPD und Grünen unter dem Primat des Klimaschutzes steht. Die FDP wird die Entwicklung kritisch begleiten. „Die FDP setzt sich für alle Verkehrsträger, für innovative Techniken sowie für die berechtigten Interessen von belasteten Anwohnern ein“, betonte Rasche. ■



Linke Wirtschaftspolitik



Michael Aggelidis (Linke)

Der LINKEN wird in Umfragen Kompetenz in sozialen Fragen zugesprochen. Für wirtschaftlich kompetent gehalten werden die „wirtschaftsnahen“ Parteien und Politiker. Die ökologische Kompetenz haben anscheinend die Grünen gepachtet.

Unionsparteien, Sozialdemokraten, Liberale und auch Grüne sind alle für die so genannte Schuldenbremse und für die Verwendung von Steuermehreinnahmen für die Konsolidierung der Haushalte. Sie weigern sich auch, gegen die chronische Unterfinanzierung der Landeshaushalte und der Kommunalhaushalte zu klagen. Alle vier haben sie den Konzernen und den Reichen horrenden Steuergeschenke gemacht und so die Not der öffentlichen Haushalte selbst herbeigeführt.

Um diese Not zu lindern und die Nettoverschuldung in den nächsten Jahren auf null zu senken, verhindern sie nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch und ökologisch dringend gebotene Investitionen. Das schwächt die Realwirtschaft und ist unvereinbar mit dem Ziel, unseren Kindern und Kindeskindern lebenswerte Perspektiven in einer menschengerechten Welt zu hinterlassen.

Die Grünen hatten in ihrer Frühzeit den umfassenden Umbau der Industriegesellschaft gefordert. Übrig geblieben ist davon der schäbige Rest eines „New Green Deal“, mit dem die Profitinteressen der Großkonzerne und Großbanken mit den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit versöhnt werden sollen. Das wird nicht gehen. Die öffentliche Hand muss Steuergerechtigkeit herstellen, viel Geld für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in die Hand nehmen und den überfälligen sozial-ökologischen Umbau endlich anpacken. ■



„Ein Schritt in die richtige Richtung“

Sachverständige sprechen sich für ein Bibliotheksgesetz in NRW aus

4. Mai 2011 – Bibliotheken ermöglichen nicht nur den Zugang zu den schriftlichen Zeugnissen unserer Vergangenheit und Gegenwart, sondern dienen als Bildungseinrichtung ebenso der Stärkung von Lese-, Informations- und Medienkompetenz. Die Bibliothekslandschaft in NRW ist vielfältig. Neben Büchereien an Schulen und Hochschulen gibt es drei Landesbibliotheken, zahlreiche Stadt(teil)-, Pfarr- und Gemeindebibliotheken. Eine rechtliche Regelung des öffentlichen Bibliothekswesens fehlt jedoch bislang. In einem Gesetzesentwurf fordert die CDU-Fraktion nun die Schaffung eines Bibliotheksgesetzes (Drs. 15/474). Dieses sei Grundlage für eine leistungsstarke Bibliotheksstruktur, die den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht werde, heißt es zur Begründung. Die vom Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) geladenen Sachverständigen bewerteten eine entsprechende Regelung mehrheitlich als sinnvoll.

Für den Verband der Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen begrüßte Dr. Rolf Thiele die Initiative der CDU-Fraktion: „Der Gesetzesentwurf schafft den fehlenden Rahmen für die landesbibliothekarischen Aufgaben und erklärt die Erhaltung des kulturellen Erbes in den Bibliotheken des Landes NRW ausdrücklich als wichtiges landespolitisches Ziel.“ Der Experte lobte in seiner Stellungnahme zudem, dass es sich um einen schlanken Entwurf handele, der auf Detailvorschriften verzichte und nicht versuche, die Breite und Vielfalt des Bibliothekswesens in NRW vollständig abzubilden. Positiv hervorzuheben sei, dass der Entwurf eine konkrete Mindestsumme zur Förderung des Bibliothekswesens nenne und diese zugleich durch nicht zu strikte Förderrichtlinien flexibel gestalte.

Diesen Punkt lobte auch Dr. Frank Simon-Ritz vom Deutschen Bibliotheksverband (dbv). Er bezeichnete den Gesetzesentwurf als mutige Initiative, die kulturpolitisch in die richtige Richtung weise. Auffällig sei allerdings, dass sich der Entwurf bei der konkreten Zuschreibung von Aufgaben und Funktionen sowohl an öffentlichen Bibliotheken als auch an Hochschulbibliotheken zurückhalte. „Eine solche Formulierung würde aus Sicht des dbv auch einem nordrhein-westfälischen Biblio-

theksgesetzes gut zu Gesicht stehen“, betonte Simon-Ritz.

Der Wissenschaftler Hassan Soilihi Mzé merkte an, ein Bibliotheksgesetz dürfe sich nicht auf die finanzielle Ausstattung der Bibliothekslandschaft konzentrieren. Eine gesetzliche Regelung solle stattdessen auch als Chance einer möglichen Standardisierung begriffen werden – beispielsweise mit Blick auf eine bibliothekarische Professionalisierung. Eine verantwortliche Kompetenzförderung könne nur durch aus- und weitergebildetes Personal gelingen. „Eckpunkte dahingehender Zielvereinbarungen müssen durch ein Bibliotheksgesetz formuliert werden“, forderte der Experte.

VERANTWORTUNG

Kritische Anmerkungen kamen von der Verdi-Vertreterin Beatrix Klein. Sie stand einem Bibliotheksgesetz zwar grundsätzlich positiv gegenüber, betonte jedoch, der vorliegende Entwurf greife zu kurz. So fehle beispielsweise eine Verpflichtung der Träger, überhaupt bibliothekarische Einrichtungen zu unterhalten und diesen ein ausreichendes Maß an finanzieller, materieller und personeller Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Auch eine klare Aussage über die Ver-

antwortung des Landes bezüglich Erhalt und Ausbau der bibliothekarischen Infrastruktur müsse ergänzt werden. Die Erhöhung der Landesfördermittel auf bis zu 12 Millionen Euro sei zwar positiv, könne jedoch die Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit Medien- und Informationsangeboten nicht sicherstellen.

Dass die öffentlichen Bibliotheken in kirchlicher Trägerschaft keine Berücksichtigung in dem Gesetzesentwurf fänden, kritisierte Dörte Melzer von der Büchereifachstelle der Evangelischen Kirche von Westfalen. Diese trügen „zur allgemeinen Literaturbeschaffung in der Fläche und den Randgebieten von Städten bei. Ohne ihre Einbeziehung in das Gesetz fehlt der gewünschte Abbau der Ungleichheit zwischen städtischen und ländlichen Regionen des Landes“, so Melzer.

Gänzlich ablehnend bewertete Claus Hamacher, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, das Gesetzesvorhaben. Obwohl er sich in seiner Wertschätzung der Bibliotheken den anderen Sachverständigen vorbehaltlos anschließen könne, sei der Nutzen einer rechtlichen Regelung nicht zu erkennen. Ein entsprechendes Gesetz führe lediglich zu einem Regelungsaufbau. Dies widerspreche den seit Jahren verfolgten Bemühungen um einen Bürokratieabbau, argumentierte er.

Marie Schwinning

Porträt: Dr. Gerhard Papke (FDP)



Eigentlich müsste Gerhard Papke, der Vorsitzende der FDP-Fraktion im NRW-Landtag, einer der glühendsten Verfechter des deutschen Steinkohlebergbaus sein. Er ist, wie er selber sagt, „auf Kohle geboren“, in Recklinghausen, und wuchs in der Kohlestadt Erkenschwick am Nordostrand des Ruhrreviers auf. Seine Eltern haben sich durch den Bergbau kennengelernt. Die Familie seines Vaters war wegen der Arbeitsmöglichkeiten in den Bergwerken an die Ruhr gezogen, seine Mutter war Buchhalterin auf der Zeche „Ewald Fortsetzung“. Und Papke selbst hat als Schüler seinem Großvater, ebenfalls ein Bergmann, dabei geholfen, die Kohlen von der Straße in den Keller zu schaffen.

Doch als Papke als junger Abgeordneter seine erste Rede im Landtag hielt und sich dabei vehement für das Ende der Subventionierung des Steinkohlebergbaus einsetzte, da guckten ihn die Abgeordneten von SPD, CDU und selbst den Grünen an, als käme er aus einem anderen Uni-

versum. „Das war ein regelrechter Kulturschock, ein absoluter Tabubruch“, erinnert sich Papke an seine Jungferrede. Schon damals stand für ihn fest, dass der Bergbau zwar zur Tradition des Ruhrgebiets gehört, aber nicht zur Zukunft.

Papke kommt aus einem politisch interessierten Elternhaus, das aber an keine Partei gebunden war. Die SPD, damals in seiner Heimatstadt übermächtig, konnte ihn nicht locken. „Nicht einmal einen Ferienjob konnte man in der Stadt bekommen, wenn man nicht das richtige Parteibuch hatte“, ärgert er sich noch heute über den „Genossenfilz“. Während seines Studiums an der Ruhr-Universität in Bochum kam er in Kontakt mit der FDP. Die politische Philosophie, die auf Freiheit und Verantwortung setzt, faszinierte ihn. 1983 trat er der Partei bei und mit einem Stipendium der parteinahen Friedrich-Naumann-Stiftung konnte er in Bochum promovieren.

Seinen ersten Job fand Papke an der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach, eine Einrichtung der Naumann-Stiftung. Politisch engagierte er sich damals vor allem ehrenamtlich, unter anderem als sachkundiger Bürger im Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises.

Gemeinsam mit einem jungen Parteifreund aus dem Oberbergischen, der an der Heuss-Akademie seinen Zivildienst ableistete, beschloss Papke 1999, für den Landtag zu kandidieren. Der Parteifreund war Christian Lindner, heute Generalsekretär der FDP in Berlin, und gemeinsam schafften sie, was als nahezu aussichtslos gegolten hatte. Bei der Wahl 2000 errangen beide ein Landtagsmandat, Papke auf Platz 14, Lindner auf dem schier unmöglichen Platz 19. Dank eines furiosen Wahlkampfes holte die FDP damals immerhin 23 Mandate.

Für Landespolitik hat sich Papke entschieden, weil er das Land NRW liebt und sich hier wohlfühlt und weil er überzeugt ist, dass Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner Größe, seiner Einwohnerzahl und seines wirtschaftlichen Gewichts eine ganz besondere Rolle im Kreis der 16 Bundesländer spielt. Wiederholt habe NRW eine Vorreiterrolle für die Bundespolitik gespielt, etwa bei der Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition 1966, der drei Jahre später eine SPD/FDP-Koalition im Bund folgte, beim ersten rot-grünen Bündnis 1995 und bei der Neuaufgabe einer schwarz-gelben Koalition 2005, der jedes Mal wenig später entsprechende Bündnisse im Bundestag folgten. Mit einem Wechsel in die Bundespolitik hat Papke nie geliebäugelt. Er ist überzeugt, dass man auch aus einer Führungsrolle in der nordrhein-westfälischen Landespolitik Einfluss auf die Bundespolitik nehmen kann. Er schätzt es sehr, dass die Arbeit im Landtag noch überschaubar ist, dass man sich im Hohen Haus am Rhein kennt. „Der Betrieb in Berlin ist mir viel zu anonym.“

Im Plenum zeigt sich der sonst eher sanftmütige Papke als einer der geschliffensten und scharfzüngigsten Debattenredner. Dabei legt er Wert darauf, dass er nicht polemisiert und den politischen Gegner „nicht persönlich diffamiert oder herabsetzt“. Aber das Parlament sei nun mal der Ort der politischen Debatte und da müssten die unterschiedlichen Standpunkte auch präzise herausgearbeitet werden. Neben der „Hochgeschwindigkeitspolitik“, die Papke betreibt, ist es schwierig, sich persönliche Freiräume zu erhalten. Ein großer Teil der knappen Freizeit verschlingt sein Engagement für Borussia Dortmund, wo Papke im Wirtschaftsrat und, wenn es eben geht, bei Heimspielen auf der Tribüne sitzt. *Peter Jansen*



Herzlichen Glückwunsch, Ingeborg Friebe

Zum 80. Geburtstag gratulierte Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg einer seiner Vorgängerinnen: Ingeborg Friebe, von 1975 bis 1995 Mitglied des Landtags, bekleidete das hohe Amt von 1990 bis 1995. Neben ihrer Arbeit auf Landesebene engagierte sie sich kommunalpolitisch im Rat der Stadt Monheim, deren Unabhängigkeit sie mit durchsetzte. Hier wirkte sie auch von 1976 bis 1997 als Bürgermeisterin. Uhlenberg würdigte Friebe in seiner Ansprache als „hochgeschätzte, ja verehrte Politikerin, einen lebenswürdigen Menschen und eine überaus erfolgreiche Frau“. Sie habe mit Fachwissen, aber auch mit der gelungenen Mischung aus Verbindlichkeit und menschlicher Wärme überzeugt.

Foto: Schälte

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen
Eckhard Uhlenberg
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),
Sonja Wand (sow, Redakteurin),
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit:
Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Sebastian Schaffer (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Florian Kaiser (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

Internet-Adressen: www.landtagintern.de,
www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 18. Mai bis 29. Juni 2011

22.5. Becker, Horst (Grüne)	55
23.5. Große Brömer, Wolfgang (SPD)	59
23.5. Howe, Inge (SPD)	59
24.5. Kruse, Theo (CDU)	63
24.5. Lienenkämper, Lutz (CDU)	42
25.5. Dr. Schoser, Martin (CDU)	49
25.5. Rimmel, Johannes (Grüne)	49
26.5. Becker, Andreas (SPD)	45
27.5. Westerhorstmann, Maria (CDU)	59
28.5. Bischoff, Rainer (SPD)	53
28.5. Bialas, Andreas (SPD)	43
1.6. Körfges, Hans-Willi (SPD)	57
2.6. Hanses, Dagmar (Grüne)	36
3.6. Stotko, Thomas (SPD)	45
4.6. Rasche, Christof (FDP)	49
6.6. Herter, Marc (SPD)	37
7.6. Preuß-Buchholz, Iris (SPD)	54
7.6. Aggelidis, Michael Georg (Linke)	49
8.6. Klöpffer, Rita (CDU)	67
11.6. Fehring, Hubertus (CDU)	61
12.6. Clauser, Hans-Dieter (CDU)	61
12.6. Kraft, Hannelore (SPD)	50
12.6. Kutschaty, Thomas (SPD)	43
13.6. Stinka, André (SPD)	46
16.6. Post, Norbert (CDU)	59
18.6. Recker, Bernhard (CDU)	72
19.6. Lux, Eva (SPD)	53
23.6. Fortmeier, Georg (SPD)	56
23.6. Wirtz, Axel (CDU)	54
26.6. Dr. Rüttgers, Jürgen (CDU)	60
28.6. Dr. Butterwegge, Carolin (Linke)	37
28.6. Link, Sören (SPD)	35

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

22.5. Dr. Rohde, Achim (FDP)	75
15.6. Müller, Helmut (SPD)	80
18.6. Guttenberger, Jürgen (SPD)	70

Gerhard Eyckers 90 Jahre

Gerhard Eyckers, einer der ersten Angestellten der Landtagsverwaltung, hat am 9. Mai seinen 90. Geburtstag gefeiert. Für seine Verdienste wurde Eyckers mit dem Bundesverdienstkreuz wie auch dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet.

Treffen & Termine

22.5., 29.5., 5.6., 19.6., 26.6.2011 Besucher-sonntage

12.6.2011 Jazz Rally 2011

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 19. Mai 2011 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Laufend motivieren

Anderen Menschen mit offenen Augen und Armen gegenüberstehen: Dieses Ziel verfolgt der Landschaftsverband Rheinland (LVR). Dass man damit nicht früh genug anfangen kann, versteht sich von selbst. Um sich selbst und andere für diese Haltung zu motivieren, laufen auch dieses Jahr rund 2.000 Schülerinnen und Schüler etappenweise durchs Rheinland. Gestartet ist die IntegraTour am 6. April 2011 in Aachen, sie endet am 28. Mai 2011 mit einem Fest unter dem Motto „Vielfalt der Generationen“ in Xanten. Zu einer Staffelübergabe empfing Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg vor dem Parlamentsgebäude 81 Schülerinnen und Schüler sowie 34 Lehrkräfte von der Heinrich-Welsch-Schule Köln, der Johann-Heidsieck-Schule, der Kurt-Schwitters-Schule und der Gericcus-Schule aus Düsseldorf sowie von der LVR-Förderschule Linnich.

Foto: Schälte